



Finanzgruppe
Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Diagnose Mittelstand 2013

Die mittelständischen Unternehmen –
Wachstumsmotor für Deutschland und Europa

www.dsgv.de



Drei von vier Unternehmen in Deutschland vertrauen als Kunden der Sparkassen-Finanzgruppe. Die Beratung und Finanzierung der mittelständischen Wirtschaft hierzulande gehört zum Kern der Geschäftspolitik der Sparkassen und Landesbanken. Für dieses Ziel setzen sie ihre Stärken ein – die genaue Kenntnis ihrer Kunden und deren persönlicher Situation ebenso wie die flächendeckende Präsenz in allen Regionen Deutschlands.

Mit der Diagnose Mittelstand 2013 legt der Deutsche Sparkassen- und Giroverband zum zwölften Mal repräsentatives Datenmaterial zur Situation und Zukunft der mittelständischen Unternehmen in Deutschland vor.

1 Das Wichtigste auf einen Blick	
Diagnose Mittelstand 2013: Trends und Methode	03
2 Im Fokus	
Der deutsche Mittelstand im Niedrigzinsumfeld	07
2.1 Sparen, investieren, Zinsen und Außenhandelsalden im Zusammenspiel	08
2.2 Ursachen der Niedrigzinsphase	11
2.3 Auswirkungen auf den Mittelstand	15
2.4 Gefahren dauerhaft niedriger Zinsen	19
3 Die Bilanzdatenanalyse	
Der Mittelstand in Zahlen	23
3.1 Eigenkapitalausstattung	23
3.2 Umsatzrentabilität	26
3.3 Gesamtkapitalverzinsung	29
3.4 Personalaufwandsquote	31
4 Die Expertenbefragung	
Ausblick 2013: die Prognose der Sparkassen	35
4.1 Leichte Eintrübung der Geschäftslage	36
4.2 Fortsetzung des Eigenkapitalaufbaus	36
4.3 Investitionsfinanzierungen bleiben konstant	38
4.4 Erweiterungsinvestitionen wieder auf Normalniveau	41
4.5 Stabile Beschäftigungslage	43
4.6 Reaktionen auf die Niedrigzinsphase	46
4.7 Kaum Einfluss auf Kapitalstrukturen im Mittelstand	47
4.8 Verlagerung hin zu langfristigen Finanzierungen	49
5 Die Grundlagen	
Quellen und Methoden	53
5.1 Kennziffern im Überblick	55
5.2 Berechnungsverfahren	58

1 Das Wichtigste auf einen Blick

Diagnose Mittelstand 2013: Trends und Methode 03

Diagnose Mittelstand 2013: Trends und Methode

- Trotz Wachstumsverlangsamung und der Folgen der europäischen Schuldenkrise befindet sich der Mittelstand zum Jahreswechsel 2012/13 in einer insgesamt robusten Verfassung. **Auftragslage, Umsatz, Beschäftigungsperspektive** und **Investitionen** werden von den Sparkassen zwar als weniger expansiv als vor Jahresfrist eingeschätzt, bewegen sich aber auf hohem Niveau. Bei den Investitionsmotiven spielen Erweiterungsmaßnahmen mit einem Viertel der Nennungen nach wie vor eine gewichtige Rolle. Dies deutet darauf hin, dass die mittelständischen Unternehmen den nächsten Aufschwung antizipieren.
- Die **Eigenkapitalquoten** der mittelständischen Unternehmen in Deutschland sind weiter gestiegen. Lagen die Quoten 2010 im Mittel bei 16,9 Prozent, sind es in der Trendrechnung für 2011 nun 19,8 Prozent. Der Rückstand zu den Großunternehmen wird damit weiter verringert.

- Weitere betriebswirtschaftliche Kennzahlen – etwa **Umsatzrentabilität**, **Gesamtkapitalverzinsung** und **Personalaufwandsquote** – spiegeln die ungebrochen gute Ertragslage in den wachstumsstarken Jahren 2010 und 2011 wider.
- Das gegenwärtige **Niedrigzinsumfeld** birgt für mittelständische Unternehmen, die aktuell eine deutlich erhöhte Liquidität bereithalten, sowohl Chancen als auch Risiken. In Einzelfällen führen die niedrigen Zinsen zu einer Ausweitung der Investitionen, dann allerdings eher zu Rationalisierungs- als zu Erweiterungsinvestitionen. Während die Struktur aus Fremd- und Eigenkapital durch die niedrigen Zinsen kaum berührt wird, gibt es hinsichtlich der Zinsbindungsfristen eine klare Präferenz der Firmen für lange Laufzeiten.

Die Diagnose Mittelstand ist eine im Jahresturnus durchgeführte Analyse des bedeutendsten Teils der deutschen Wirtschaft, des sogenannten Mittelstands. Sie stützt sich inhaltlich auf zwei Säulen:

- Die **Bilanzdatenanalyse** wertet die umfangreiche Sammlung von Bilanzen der Sparkassen-Firmenkunden aus.

In diese Analyse sind in den Jahrgängen bis einschließlich 2010 jeweils bis zu 267.000 Jahresabschlüsse von Firmenkunden der Sparkassen und Landesbanken eingeflossen. Für das Geschäftsjahr 2011 liegen bereits rund 123.000 Bilanzen vor. Mit dieser Datengrundlage verfügt die Sparkassen-Finanzgruppe über die umfangreichste Sammlung von Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen.

- Die **Expertenbefragung** untersucht die Einschätzung der Kundenbetreuer der Sparkassen zur aktuellen Geschäftslage mittelständischer Unternehmen.

Sie zeichnet ein aktuelles Bild von der Lage des deutschen Mittelstands. Die befragten Kundenbetreuer bilden mit ihren Antworten zu verschiedenen Themenkomplexen die jüngsten Entwicklungen und Prognosen für 2013 ab.

2 Im Fokus

Der deutsche Mittelstand im Niedrigzinsumfeld	07
2.1 Sparen, investieren, Zinsen und Außenhandelssalden im Zusammenspiel	08
2.2 Ursachen der Niedrigzinsphase	11
2.3 Auswirkungen auf den Mittelstand	15
2.4 Gefahren dauerhaft niedriger Zinsen	19

Der deutsche Mittelstand im Niedrigzinsumfeld

Die vergangenen Jahre waren in Deutschland und Europa durch Finanzkrise, Rezession, konjunkturelle Erholung und schließlich die europäische Staatsschuldenkrise gekennzeichnet – Leitthemen, die in den vergangenen drei Ausgaben der Diagnose Mittelstand aufgegriffen wurden. In diesen wechselvollen Zeiten präsentierte sich der Mittelstand stets robust. Diese Krisen sind immer noch nicht überwunden; sie wandeln vielmehr weiterhin ihren Charakter. Ein Merkmal, das die Rahmenbedingungen inzwischen seit rund vier Jahren prägt und voraussichtlich mittelfristig weiter bestimmen wird, sind die extrem niedrigen Zinsen – nicht nur in Deutschland, sondern in nahezu allen wichtigen Regionen der Weltwirtschaft.

Die ungewöhnlich stark ausgeprägte und lang andauernde Niedrigzinsphase steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe der Diagnose. Im Rahmen der Expertenbefragung wurden zu diesem Stichwort Sonderfragen formuliert, deren Ergebnisse Rückschlüsse auf das Verhalten des Mittelstands im Niedrigzinsumfeld zulassen. In diesem Abschnitt werden zuerst die Zusammenhänge aufgearbeitet, die hierzu geführt haben. Der Zins hat neben seiner gesamtwirtschaftlichen Funktion erhebliche Auswirkungen auf den Mittelstand, wobei niedrige Zinsen zugleich Chancen und Risiken bergen. Zudem ist die Niedrigzinsphase wichtig für Verständnis und Interpretation der

betriebswirtschaftlichen Kennzahlen, die in der Bilanzkennzahlenanalyse der Diagnose untersucht werden.

2.1 Sparen, investieren, Zinsen und Außenhandelssalden im Zusammenspiel

Die Ersparnisse der Haushalte finden in einer arbeitsteiligen Marktwirtschaft normalerweise eine investive Verwendung in Unternehmen. Dorthin werden sie entweder direkt oder über das Bankensystem geleitet. In Deutschland spielen die Sparkassen als Intermediäre dabei eine herausragende Rolle, insbesondere im Hinblick auf mittelständische Unternehmen. In einer offenen Volkswirtschaft können Ersparnisüberschüsse zudem in andere Länder exportiert werden, oder es werden im umgekehrten Fall Mittel von außen für Investitionen im Land herangezogen. Zusätzlich kann der Staat in seinen Budgets einen Finanzierungssaldo aufweisen. Im häufigen Fall eines Defizits werden darin gewissermaßen weitere Ersparnisse der privaten Haushalte „verbraucht“.

In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergänzen sich die Finanzierungssalden der vier Sektoren – private Haushalte, Unternehmen, Staat und Ausland – definitionsgemäß insgesamt zu null. Den Ausgleich der dabei wirksamen Kapitalströme bewerkstelligen die Kapitalmärkte und das Bankensystem. Zentrale Preis- und Steuerungsgröße ist der auch von der Notenbank mit beeinflusste Zins. Dabei gilt: je höher der Zins, desto mehr lohnt sich für Haushalte das Sparen; je niedriger er liegt, desto mehr rentable Sachkapitalinvestitionen lassen sich von Unternehmen fremdfinanzieren; und je höher der Zins in einem Land beziehungsweise Währungsraum, desto eher kommt es zu Kapitalzuflüssen. Ein variables Zinsniveau gleicht diese gegenläufigen Abhängigkeiten als Marktpreis aus.

Verlagerung des Gleichgewichts in der Krise

Was ist in den vergangenen Jahren geschehen, dass sich das Gleichgewicht an den Kapitalmärkten dauerhaft bei sehr niedrigen Zinsen eingependelt zu haben scheint? Die privaten Haushalte in Deutschland weisen traditionell eine recht hohe Sparquote im knapp zweistelligen Prozentbereich auf. In einer solchen Volkswirtschaft würde man erwarten, dass die heimischen Unternehmen eifrig investieren und problemlos ein Finanzierungsdefizit fahren könnten. Dies ist jedoch lange nicht mehr der Fall. Vielmehr weisen die nicht zum Finanzsektor gehörigen Unternehmen – also die der Realwirtschaft – in vier der sechs Jahre von 2006 bis 2011 sogar Finanzierungsüberschüsse auf. Diese erreichen teils erhebliche Dimensionen, zum Beispiel in den Jahren 2009 und 2010 jeweils rund 45 Milliarden Euro. Der Unternehmenssektor nahm also keineswegs Mittel von außen auf, um investieren zu können, sondern er stellte per saldo erwirtschaftete, nicht reinvestierte Beträge bereit. Diese Überschüsse zeigen zum einen die gute bis sehr gute Ertragslage der Unternehmen an. Zugleich belegen sie aber, dass die Wiederanlage der Gewinne am Standort nicht allzu attraktiv zu sein scheint. Die deutschen Unternehmen sind bei ihren Investitionen lange hinter ihren finanziellen Möglichkeiten zurückgeblieben.

Wenn aber die Unternehmen Ersparnisse nicht verwenden, kann dies nur im öffentlichen Sektor oder im Ausland geschehen. Tatsächlich gab es in Deutschland – bis auf die Ausnahmen der Jahre 2000 (Sondereffekt der versteigerten UMTS-Lizenzen) und 2007 (erfolgreiche Konsolidierung vor der Krise) – stets Finanzierungsdefizite des Staates. Der größte Teil der Ersparnisse floss aber ins Ausland als Kapitalexport ab. In der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts fanden so rund zwei Drittel des deutschen Ersparnisaufkommens ihren Weg in andere Länder, um dort Investitionen zu alimentieren.

Deutschland als Kapitalexporteur

Grundsätzlich muss ein solches Muster für eine reiche Volkswirtschaft, die im Heimatmarkt bereits über eine hohe Sachkapitalausstattung verfügt, nicht schlecht sein, sofern ergiebige Investitionsmöglichkeiten im Ausland genutzt werden. Leider haben die Kapitalströme aber auch ihren Weg in Anlagen wie Subprime-Kredite, Lehman-Zertifikate, spanische Ferienimmobilien oder griechische Staatsanleihen gefunden, für die sich kein Mehrertrag ergeben hat.

Der Kapitalexport ist zugleich Ausdruck und Spiegelbild der Handelsüberschüsse, die Deutschland seit Mitte der 1990er-Jahre wieder erzielt. Deutschland liefert quasi die Finanzierung für seine Güterexportüberschüsse gleich mit. Die Kapitalexporte sind damit ein „Recycling“ der erwirtschafteten Überschüsse. Auf Dauer führt es aber zu Spannungen, wenn sich solche Ungleichgewichte weder abbauen noch umkehren, und die Wahrscheinlichkeit, dass die Kapitalbilanz die Ungleichgewichte determiniert, steigt mit dem Andauern dieser Situation. Es geht wohl zu weit, Handelsüberschüsse und die damit einhergehenden Kapitalexporte als „Kapitalflucht“ aus Deutschland zu bezeichnen. Gleichwohl signalisieren sie in den Bereichen Standortattraktivität und bei den Investitionen eine gewisse Schwäche.

China und Japan: in ähnlicher Rolle wie Deutschland

Auch Länder, denen Investitionsschwäche und fehlende Wachstumsdynamik wirklich nicht unterstellt werden können, wiesen in den vergangenen zehn bis 15 Jahren hohe Leistungsbilanzüberschüsse auf. China etwa erzielte Handels- und Kapitalverkehrssalden, die in ihrer Höhe mit denen Deutschlands vergleichbar sind. Dort wurde allerdings zugleich sehr viel im Inland investiert. Diese Muster sind miteinander vereinbar, da die außerordentlich hohe Sparquote in China beides zugleich finanzieren

kann. Ein Motiv für dieses erstaunliche Sparverhalten liegt darin, dass die Bürger mangels ausreichender sozialer Absicherung durch den Staat und mangels staatlicher Bildungssysteme in China für alle Lebenslagen privat vorsorgen müssen. So ist die chinesische Sparquote noch deutlich höher als die deutsche und erreichte in manchen Jahren eine Größenordnung von 50 Prozent. Dies genügte, um sowohl in großem Stil zu investieren als auch Handelsüberschüsse mit Kapitalexporten zu unterlegen.

Als dritte große Volkswirtschaft stellte bis vor Kurzem Japan dem Ausland seine Ersparnisüberschüsse zur Verfügung.

Bis zum Ausbruch der Finanzkrise im Sommer 2007 fanden die Ersparnisüberschüsse Deutschlands, Chinas und Japans bereitwillige Abnahme in Defizitländern, insbesondere in den USA, in Großbritannien und im südlichen Euroraum. Dort finanzierten die Zuflüsse sinnvolle Investitionen, aber auch eine Kreditblase an den Immobilienmärkten. Daneben fanden die Ersparnisangebote der Weltwirtschaft Verwendung in den beträchtlichen Staatsdefiziten fast aller Industrieländer.

2.2 Ursachen der Niedrigzinsphase

Diese Situation änderte sich schlagartig mit dem Ausbruch der Subprime-Krise, die sich zunächst als massive Schwäche des amerikanischen Immobilienmarkts präsentierte, sich bald aber zu einer Krise aller aufgeblähten Immobilienmärkte, des Bankensektors und der Staatshaushalte wandelte. Kurzfristig geriet die Bereitschaft der Kapitalmärkte, Defizite weiter zu finanzieren, ins Stocken, als die Tragfähigkeit der Schulden infrage gestellt wurde. Im Prinzip ist die bis heute andauernde Krisenserie eine Korrektur vorangegangener Fehlentwicklungen und im Kern eine Überschuldungskrise. Seit 2008 findet an vielen Stellen der Weltwirtschaft ein Deleveraging statt:

Überschuldete Unternehmen und Haushalte in jenen Ländern, die zuvor zu bereitwillig Kredit genommen und erhalten hatten, führen nun ihre Verschuldung zurück und steigern dafür ihre Sparanstrengungen. Entsprechend müssen die Gestalter der Staatshaushalte, die ebenfalls auf einen Konsolidierungskurs eingeschwenkt sind, verfahren.

Wenn alle Akteure dies gleichzeitig tun, drohen Rezession, Nachfragemangel und deflationäre Tendenzen. Dieser Effekt war in dem scharfen realwirtschaftlichen Einbruch zum Jahreswechsel 2008/09 bereits deutlich zu erkennen. Die Politik hat zu dieser Zeit in den meisten Ländern mit Konjunkturprogrammen gegenzusteuern versucht, anfangs durchaus mit stabilisierendem Erfolg. Allerdings zeigten sich in jenen Staaten, die mit zu hohen Schuldenständen in die Krisenbekämpfung einstiegen, die Grenzen ihrer finanziellen Spielräume. So wurde aus Finanzkrise und Rezession die Staatsschuldenkrise.

Das zog noch größere Konsolidierungsmaßnahmen nach sich. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass Spanien, Italien, Großbritannien und Griechenland 2012 und 2013 erneut in einer Rezession stecken.

Expansive Geldpolitik begleitet fiskalische Konsolidierung

Die Geldpolitik hat dagegen in allen großen Währungsräumen bereits 2007 eine monetäre Expansion eingeleitet und diese bis heute nicht nur konsequent durchgehalten, sondern sogar in mehreren Wellen noch intensiviert. Die Bilanzsummen von Federal Reserve, der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bank von England haben sich vervielfacht. Die Refinanzierungen der Banken wurden mit Vollzuteilung bedient, riesige Tenderoperationen mit langer Laufzeit wurden angeboten und Aufkaufprogramme für verschiedene Anleihearten wurden initiiert. Die angelsächsischen Notenbanken betreiben ein aktives Ausweiten der Zentralbankgeldmenge (Quantitative Easing).

Zudem haben die Notenbanken die Leitzinsen in der Hoffnung gesenkt, dass die Weltwirtschaft bei einem niedrigeren Zinsniveau ein neues Gleichgewicht finden werde. Dabei ist der niedrige Zins in erster Linie nicht geldpolitisch begründet, sondern realwirtschaftlich: Wenn zum einen Verbraucher und Immobilienbesitzer in weiten Teilen der Weltwirtschaft mehr sparen müssen und ihre Verschuldung zurückführen wollen und zum anderen Staatshaushalte konsolidieren, steigt das Angebot an verfügbaren Ersparnissen. Gleichzeitig ist es schwierig, in einer herrschenden Unsicherheitsphase einen neuen Investitionsschub zu generieren. Die Nachfrage am

Kapitalmarkt ist dementsprechend gering. Dass unter diesen Umständen ein neues Gleichgewicht bei Nominalzinsen oberhalb der Nulllinie überhaupt gefunden werden kann, bleibt zu hoffen, ist jedoch keineswegs sicher.

Gefährlich nahe der Null

Die meisten Industrieländer sind bereits sehr nahe an die Null gelangt. Sollte dies nicht genügen, drohen Deflation und eine hartnäckige und langwierige Wachstumsschwäche, wie die Entwicklungen in Japan in den vergangenen 20 Jahren und während der Weltwirtschaftskrise vor 80 Jahren nahelegen. Aus diesem Grund sind derzeit keine nennenswerten Prämien zur Kompensation möglicher Inflationserwartungen im Zins wirksam, obwohl die geldpolitischen Institutionen, etwa die EZB, im Zuge der Krisenbekämpfung bis an die Grenzen ihrer Glaubwürdigkeit gingen.

Deutschland befindet sich zyklisch in einer deutlich besseren Lage als weite Teile der Weltwirtschaft. Hierzulande gab es weder Kreditblasen noch Überinvestitionen, die nun schmerzhaft zu korrigieren wären. Für die deutsche Situation sind die Niedrigzinsen mithin unangemessen. Doch ist das Land durch den europäischen Binnenmarkt und die Währungsunion in einen engen Verbund einbezogen. Kapitalbewegungen und die einheitliche Geldpolitik sorgen dafür, dass auch in der größten Volkswirtschaft Europas praktisch Nullzinsen herrschen.

Risikoprämien als Keil im europäischen Zinsgefüge

Die Asymmetrie zum national angemessenen Zins wird dadurch verschärft, dass sich in der Krise die Risikoprämien für andere Staaten erheblich ausgeweitet haben. Für Spanien und Italien etwa sind die tatsächlichen Zinsen erhöht – nicht nur für Staatsanleihen, sondern indirekt auch für die dortigen Banken und für Unternehmen außerhalb des Finanzsektors. Dort sind die Niedrigzinsen nicht voll wirksam.

Umgekehrt werden die Zinssätze für Deutschland wegen der Wahrnehmung als „sicherer Hafen“ und des dorthin fließenden Kapitals zusätzlich gemindert. Deutschland sitzt gewissermaßen auf der anderen Seite des Risikoprämien-Keils. Davon profitiert der staatliche Schuldendienst hierzulande genauso wie der private. Dem deutschen Mittelstand bietet der Niedrigzins erhebliche Chancen, allerdings auch Risiken. Da die Phase niedriger Zinsen voraussichtlich noch eine Weile andauern wird, lohnt sich an dieser Stelle eine tiefer gehende Analyse.

2.3 Auswirkungen auf den Mittelstand

Eine Mittelstandsfinanzierung in Deutschland anzubieten, ist wieder in Mode gekommen. Dass dies ein recht risikoarmes Geschäft ist, hat sich inzwischen herumgesprochen, sodass die Kapitalströme in den „sicheren Hafen“ Deutschland auch in diese Richtung fließen. Selbst große Kreditinstitute, die sich geschäftspolitisch vor wenigen Jahren bewusst aus dem Mittelstandssegment zurückzogen, wollen nun in diesen Bereich zurückkehren. Die Sparkassen haben dieses Geschäft allerdings durchgängig wahrgenommen – einer der Gründe dafür, dass es nie zu der auch in Deutschland mitunter befürchteten Kreditklemme kam. Inzwischen ist die Diskussion über diesen potenziellen Engpass beendet. Heute herrscht eher ein Überangebot an Mitteln, die den Mittelstand finanzieren wollen.

Für kleine und mittelgroße Unternehmen ist diese Situation zunächst einmal komfortabel. Sie können im intensiven Wettbewerb der Kreditanbieter wählen und erhalten derzeit ungewöhnlich gute Konditionen. Die Niedrigzinsphase schlägt im Bereich Finanzierungen in Deutschland also direkt auf die Realwirtschaft durch.

Entlastung bei der Bedienung des Fremdkapitals

Der geringere Zinsaufwand der Fremdkapitalfinanzierung ist für die Ertragslage der Unternehmen positiv. Zugleich lohnt sich bei niedrigeren Vergleichsrenditen eine größere Anzahl von Investitionsprojekten. Der Kapitalstock wird ausgeweitet, bis die dabei fallende Grenzproduktivität des Kapitaleinsatzes schließlich dem gesunkenen Zins entspricht.

Werden mehr Sachinvestitionen realisiert, steigen Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität in den Unternehmen – eine erfreuliche Entwicklung, auch aufgrund der demografischen Perspektive in Deutschland. Wenn die Zahl der künftig zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte begrenzt ist und darüber hinaus der Produktionsfaktor Energie immer knapper und teurer wird, müssen diese Faktoren so gut wie möglich durch Kapital ersetzt werden. Künftiges Wachstum ist in dieser Situation nur durch technologischen Fortschritt möglich – oder eben durch eine Steigerung der Kapitalausstattung.

Die unternehmensinternen Renditen auf das in größerem Umfang eingesetzte Sachkapital werden dadurch allerdings langfristig sinken und sich tendenziell dem ebenfalls niedrigeren Geldzinssatz annähern.

Die Bilanzkennzahlen im Umfeld niedriger Zinsen

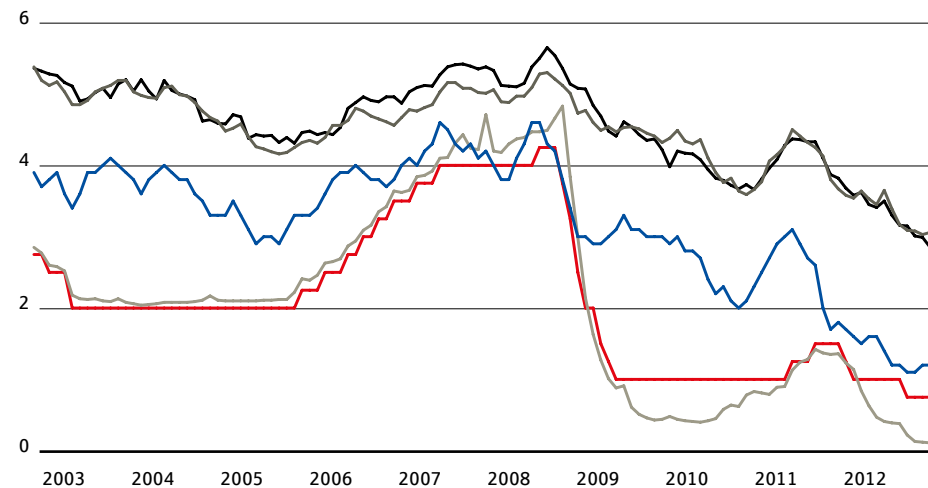
Dies ist bei der Interpretation der betriebswirtschaftlichen Kennzahlen in der Bilanzzahlenanalyse zu bedenken. Kurzfristig wird die Ertragslage durch den geringeren Fremdkapitalaufwand verbessert; langfristig wird die Rendite aus dem Anlagevermögen aber ebenfalls fallen. Im Gegenzug sinken allerdings auch die Anforderungen an die Kapitalrenditen. Das gilt für die Gesamtkapitalrendite, die in der Diagnose Mittelstand traditionell eine zentrale Rolle spielt, ebenso wie für die Eigenkapitalrendite.

Letztere profitiert bei niedrigeren Zinsen zunächst unmittelbar von einer Verschiebung der Ansprüche zwischen Fremd- und Eigenkapitalgebern, da die geringere Zinslast höhere Gewinne zur Bedienung des Eigenkapitals ermöglicht.

Letztlich werden aber auch die Eigenkapitalrenditen fallen, wenn der zu erwartende geringere Grenzertrag eines größeren Kapitalstocks die Bruttoerträge der Unternehmen schmälert. Dies ist insofern undramatisch, als auch die Renditeansprüche der Eigenkapitalgeber in einem dauerhaft niedrigen Zinsumfeld sinken: Sie finden weniger Investitionsalternativen. Die Opportunitätskosten sinken mit den niedrigen Zinsen in jeder Renditeform. Einen solchen Anlagenotstand erleben die Unternehmen allerdings auch selbst, wenn es um ihre Finanzkapitalanlage im Umlaufvermögen geht: Für ihre liquiden Mittel erhalten sie geringere Zinserträge. Mit hoher Liquidität ausgestattete Unternehmen finden sich dann im gleichen Dilemma wieder, das derzeit viele Sparer beklagen.

Das gilt auch für Deutschland als Gläubigernation insgesamt. Die aus jahrelangen Leistungsbilanzüberschüssen aufgebaute Netto-Forderungsposition gegenüber dem Ausland rentiert sich in der dauerhaften Niedrigzinsphase immer weniger – egal ob diese Forderungen von Privatleuten, Unternehmen oder öffentlicher Hand gehalten werden. Dies gilt, obgleich die Risiken gerade dieser Auslandsforderungen im Zuge der Krisenjahre eher zugenommen haben. Insofern leistet Deutschland durch den Niedrigzins, der für die Wirtschaftslage im Land selbst unangemessen ist, bereits einen Solidaritäts- und Stabilisierungsbeitrag gegenüber Ländern mit einer Netto-Schuldnerposition.

Langfristige Zinsentwicklung
in %



- Umlaufrendite börsennotierter Bundeswertpapiere
- Geldmarktsatz Einmonats-EURIBOR
- Hauptrefinanzierungsgeschäfte der EZB
- Wohnungsbaukredite an private Haushalte, Zinsbindung über 10 Jahre, Neugeschäft
- Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften bis 1 Mio. EUR, Zinsbindung über 5 Jahre, Neugeschäft

2.4 Gefahren dauerhaft niedriger Zinsen

Neben den Auswirkungen auf einzelne Unternehmen hat ein dauerhaft niedriges Zinsniveau gesamtwirtschaftliche Implikationen. Wenn die Zinsbildung von Kriseneinflüssen dominiert wird, besteht die Gefahr von Fehlallokationen. Manche getätigte Investition mag sich später – bei irgendwann wieder „normalen“ Zinsen – als nicht nachhaltig tragbar erweisen. Gerade Immobilienmärkte neigen zur Bildung von Spekulationsblasen, wenn sie zu lange von zu billigen Kreditzuflüssen angeheizt werden.

In Deutschland gibt es hierfür erste, allerdings noch vage Anzeichen, und die Frage, ob eine Blase entstehe, wird zunehmend diskutiert. Bislang sind zu beobachtende Preissteigerungen aber vor allem regionalen Besonderheiten in manchen Ballungsräumen geschuldet. In der Breite des gesamtdeutschen Markts haben leichte Preissteigerungen bislang bestenfalls einen Aufholbedarf nachvollzogen, der durch die zuvor rund 15 Jahre lang völlig flache Preisentwicklung am deutschen Immobilienmarkt aufgelaufen war. Immobilienkredite wurden in den vergangenen zwei Jahren zwar verstärkt nachgefragt. Die Entwicklung in Deutschland ist aber weit von dem entfernt, was vor zehn Jahren beispielsweise Spanien an Kreditexpansion erlebte. Vielmehr gehen die bisher zu beobachtenden Immobilienkäufe vor allem auf Anlage suchende Eigenmittel der Haushalte zurück. Insgesamt sind hierzulande allenfalls erste Zuckungen eines Preisanstiegs zinnsensibler Vermögenswerte wahrnehmbar.

Langfristig ist Wachsamkeit geboten

Auf Dauer ist gleichwohl Wachsamkeit geboten. Sowohl bei Vermögenspreisen als auch bei Güterpreisen droht Inflation, wenn der Zins dauerhaft zu niedrig liegt. Derzeit gibt es, wie in Abschnitt 2.2 betont, gute Gründe für das niedrige Zinsniveau. Eine akute Inflationsgefahr besteht

aus ebendiesen Gründen – Schwäche der Konjunktur, Schuldenrückführung, Ersparnisschwemme – nicht. Die entscheidende Frage ist jedoch, ob der zu gegebener Zeit sinnvolle Ausstieg aus der üppigen Liquiditätsversorgung gelingen wird. Werden die Notenbanken den idealen Zeitpunkt finden, um auf Restriktion umzuschalten?

Gelingt das Einsammeln der in der Krisenbekämpfung reichlich geschaffenen Liquidität an Zentralbankgeld nicht schnell genug, können die Inflationsraten langfristig durchaus steigen. Dies gilt umso mehr, als die Notenbanken durch ihre Interventionen in zahlreiche Interessenskonflikte und Verwicklungen mit der Finanzpolitik geraten sind.

So kann es durchaus im finanzpolitischen Interesse liegen, eine Entlastung der Staatsschulden durch einen niedrigen Realzins herbeizuführen. Selbst bei den aktuell moderaten Inflationsraten sind die Realzinsen bereits negativ, und Sparer haben Schwierigkeiten, die Kaufkraft ihres Geldvermögens zu erhalten. Eine solche Phase kann als finanzielle Repression zugunsten des Staates und zulasten der Sparer bezeichnet werden.

Auch Unternehmen können in solch einer Situation unter Druck geraten. Am deutlichsten ist dies bei Versicherungsgesellschaften, die mit ihren Anlagen derzeit kaum die zugesagten Mindestverzinsungen – etwa bei Kapitallebens- und Rentenversicherungen – verdienen können. In ähnlicher Lage sind all jene Unternehmen, die langfristige Pensionszusagen abgegeben haben und es schwerer haben, die später nötigen Deckungssummen zu erreichen. Schon heute sind die zu erwartenden Pensionslasten deutlich höher, wenn man sie mit einem niedrigeren Zinssatz abdiskontiert.

Diese Beispiele zeigen die Verteilungseffekte und Gefahren der anhaltenden Niedrigzinsphase, die sich auch im Mittelstand manifestieren. Kleine und mittelgroße Unternehmen sind zum einen die Profiteure niedriger Zinsen, zum anderen bestehen für sie auch erhebliche Risiken und Nebenwirkungen.

3 Die Bilanzdatenanalyse

Der Mittelstand in Zahlen	23
3.1 Eigenkapitalausstattung	23
3.2 Umsatzrentabilität	26
3.3 Gesamtkapitalverzinsung	29
3.4 Personalaufwandsquote	31

Der Mittelstand in Zahlen

3.1 Eigenkapitalausstattung

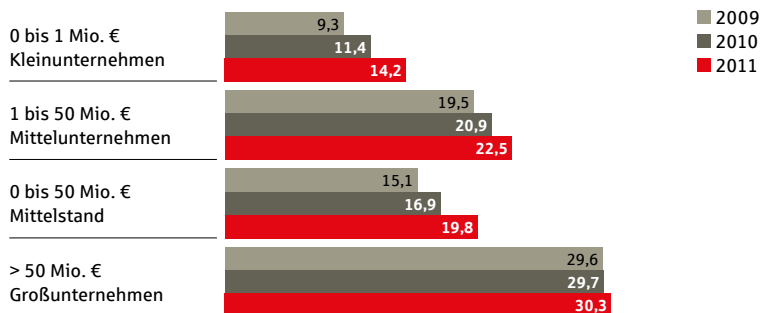
Der stetige Anstieg der Eigenkapitalquoten ist der auffälligste Trend der Bilanzdatenanalyse, seit es die Diagnose Mittelstand gibt. Über den Zeitraum von inzwischen mehr als zehn Jahren haben sich die Quoten massiv erhöht. In der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre wies fast die Hälfte der mittelständischen Unternehmen in Deutschland überhaupt kein Eigenkapital aus, im Median lag die Quote damals bei heute kaum noch denkbaren zwei bis drei Prozent. Die Trendrechnung für die Bilanzen des Jahres 2011 nimmt dagegen die 20-Prozent-Marke ins Visier.

Selbst in den Jahren 2008 und 2009, von tiefer Rezession geprägt, setzte sich der Anstieg fort. In den von der damaligen Krise besonders betroffenen Teilen der Wirtschaft – vor allem in der exportorientierten Industrie – musste Eigenkapital durchaus als Puffer dienen und wurde mitunter angegriffen. In den Medianwerten (siehe Abschnitt 5.2) für den Mittelstand insgesamt schlug sich dies jedoch kaum nieder.

Spiegelbild der wirtschaftlichen Erholung 2010 und 2011

In den Jahren 2010 und 2011, die eine starke gesamtwirtschaftliche Erholung mit Wachstumsraten von 4,2 beziehungsweise drei Prozent auszeichnete, setzte sich der Anstieg der Eigenkapitalquoten erwartungsgemäß fort.

Entwicklung der Eigenkapitalquote von Unternehmen in % nach Umsatzgrößenklassen

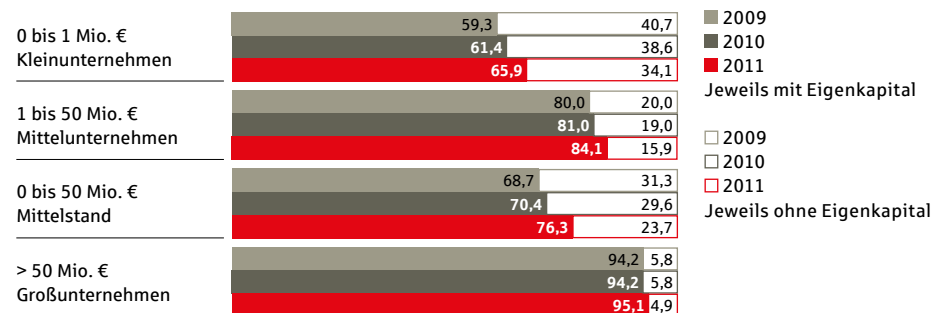


Die gute Ertragslage erlaubte offensichtlich die Bildung weiterer Reserven.

Für den inzwischen vollständig vorliegenden Bilanzjahrgang 2010 war der Anstieg letztlich zwar weniger stark als in der vorangegangenen Diagnose auf Basis der Trendrechnung vorläufig gemeldet. Mit einem endgültigen Medianwert von 16,9 Prozent für den gesamten Mittelstand verbleibt aber ein Zuwachs, der den Trend bestätigt. Die vorläufigen Zahlen für 2011 weisen aktuell auf einen Wert von 19,8 Prozent, was einem Plus von weiteren drei Prozentpunkten entspricht. Selbst wenn der Endstand – dem Muster der Vorjahre entsprechend – etwas schwächer ausfallen sollte, ist ein weiterer markanter Anstieg gegenüber 2010 so gut wie sicher.

Noch liegen die Eigenkapitalquoten der Großunternehmen mit einem Wert von etwa 30 Prozent höher als im Mittelstand. Der Zuwachs ist bei den Großunternehmen aber seit Jahren schwächer. Von 2010 auf 2011 sind weitere Steigerungen nur noch im verarbeitenden Gewerbe zu beobachten, nicht aber bei Großunternehmen des Handels, des Baus und des Dienstleistungssektors. Bei den mittelständischen Unternehmen geht der Anstieg dagegen in allen vier Sektoren weiter. Selbst die Bauwirtschaft, die traditionell die geringsten Eigenkapitalquoten ausweist,

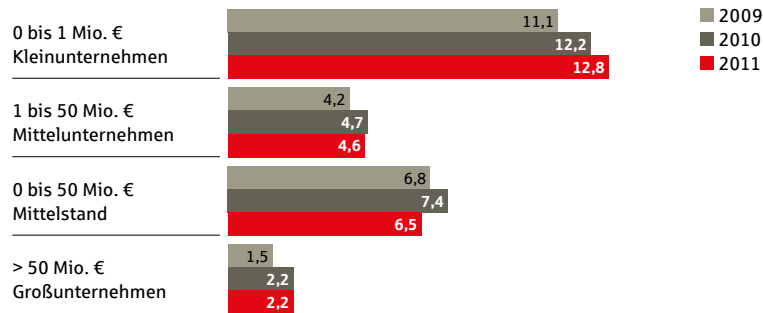
Anteil der Unternehmen mit und ohne Eigenkapital in % nach Umsatzgrößenklassen



erreicht in der Trendrechnung 2011 nun einen Medianwert von 13,3 Prozent. Allerdings verfügt immer noch mehr als ein Viertel der mittelständischen Bauunternehmen über kein Eigenkapital.

Im Branchenmix des gesamten Mittelstands liegt der Anteil der Firmen, die kein Eigenkapital ausweisen, erstmals unter einem Viertel. Dies ist an der Nullpunktquote ablesbar, die 2010 auf 29,6 Prozent zurückging und in der Trendrechnung für 2011 weiter auf 23,7 Prozent sinkt. Der Anstieg der Eigenkapitalquoten im Mittelstand führt zu einer Annäherung an die Dimensionen der Großunternehmen, jedenfalls im Segment der größeren Mittelständler. Bei den kleinen und kleinsten Unternehmen, die oft als Personengesellschaften firmieren und bei denen sich die Sphären von Unternehmens- und Privatvermögen oft überlappen, ist die explizite Eigenkapitaldecke traditionell dünner. Gleichwohl war in dieser Gruppe der Aufholprozess in den vergangenen Jahren am stärksten ausgeprägt. Der gehobene Mittelstand – in dieser Kategorie liegen die Jahresumsätze zwischen 12,5 und 50 Millionen Euro – hat dagegen annähernd die Eigenkapitalquote der Großunternehmen erreicht. 2010 lag der Median in dieser Gruppe bei 28 Prozent; in der Trendrechnung für 2011 sind es sogar 28,5 Prozent.

Entwicklung der Umsatzrentabilität in % nach Umsatzgrößenklassen



Stärkere Eigenkapitalausstattung in Ostdeutschland

Ein anderes, seit Langem vertrautes Phänomen bestätigt sich in den Bilanzen der Jahre 2010 und 2011: Mittelständische Unternehmen in Ostdeutschland verfügen über mehr Eigenkapital als Firmen im Westen. Dies gilt für alle Größenklassen bis zu einem Jahresumsatz von 50 Millionen Euro. In der Trendrechnung 2011 liegen die Mediane für den Mittelstand insgesamt bei 23,9 Prozent (Ost) beziehungsweise 19,3 Prozent (West).

Bei Großunternehmen – in Ostdeutschland immer noch selten, insbesondere mit eigenem Konzernsitz – ist es umgekehrt. Hier liegt der Median der Eigenkapitalquote Ende 2011 bei 26,7 Prozent im Osten (Basis: 353 Jahresabschlüsse). Im Westen sind es 30,5 Prozent (4.656 Abschlüsse).

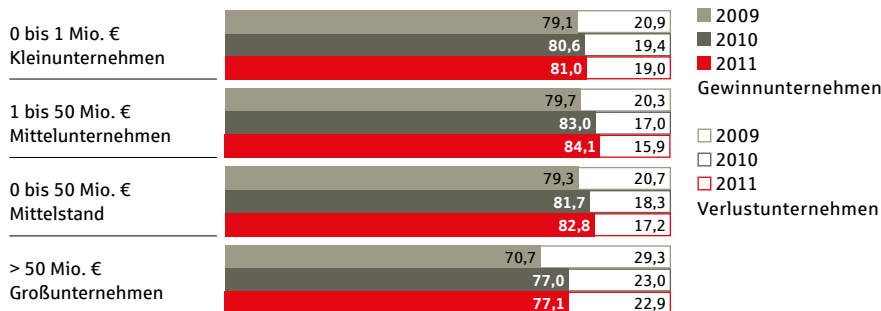
3.2 Umsatzrentabilität

Der Anteil des Betriebsergebnisses an der Gesamtleistung hat 2010 mit einem Median von 7,4 Prozent einen Rekordwert erreicht und unterstreicht die ausgezeichnete Ertragslage im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Erholung. Die niedrigsten Margen weist bei dieser Kennzahl der Handel mit einer Umsatzrendite von 4,7 Prozent (2010) beziehungsweise 4,2 Prozent (Trend 2011) auf, was sich mit der relativ geringen Wertschöpfungstiefe dieses Geschäfts erklärt.

In der Trendrechnung für 2011 kommt der Mittelstand im Median auf eine Umsatzrentabilität von 6,5 Prozent – ein Rückgang, den man vorerst mit Vorsicht interpretieren sollte. Auch im Vorjahr war der prognostizierte Wert bei dieser Kennzahl niedriger als der endgültige, der dann sogar Rekordniveau markierte. Offenbar unterscheiden sich Unternehmen, die ihre Jahresabschlüsse früh vorlegen, an dieser Stelle von den Späteinreichern. Wenn Firmen unterschiedlicher Größenklassen den Sparkassen ihre Abschlüsse zeitlich verzerrt vorlegen, schlägt sich dies im Median nieder.

Insbesondere bei Kleinunternehmen steht noch eine überproportional große Anzahl von Jahresabschlüssen aus, und gerade sie weisen erfahrungsgemäß die höchsten Umsatzrenditen auf. In dieser Gruppe – besonders bei Personengesellschaften – entspricht der verbuchte Unternehmensgewinn oft dem „Lohn“ für die Arbeitsleistung des Unternehmers selbst. Werden die noch ausstehenden Bilanzen der Kleinunternehmen einbezogen, dürfte der endgültige Wert der Umsatzrendite 2011 daher etwas höher liegen. Dafür spricht auch, dass innerhalb der einzelnen Größenklassen der jeweilige Median der Umsatzrentabilität 2011 noch einmal zulegen konnte.

Anteil der Unternehmen mit Gewinnen und Verlusten in % nach Umsatzgrößenklassen

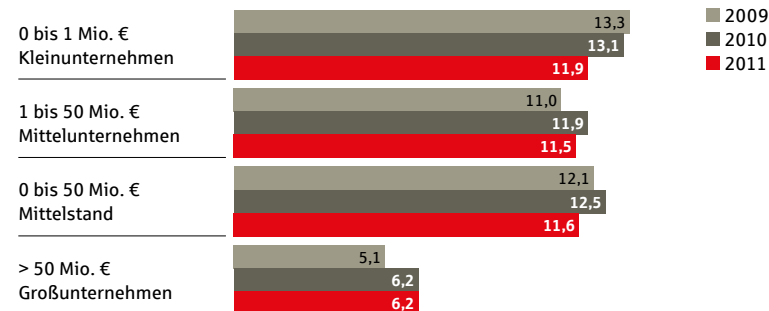


Sollte der Rekordwert von 2010 im Jahr 2011 dennoch verfehlt werden, dürfte dies auf die zuletzt leicht verschärfte Kostensituation – sowohl für Material und Energie als auch beim Personalaufwand – zurückzuführen sein. Selbst mit dem bisher ermittelten Niveau für 2011 ist die Ertragslage im längerfristigen Vergleich allerdings erfreulich.

Weniger Unternehmen mit Verlusten

Die solide Ertragslage zeigt sich auch in den Nullpunktquoten. Sie geben an, welcher Anteil der Unternehmen mit negativen Umsatzrenditen (also Verlusten) tätig war. Dieser Wert ist von 20,7 Prozent aller mittelständischen Unternehmen (Bilanzjahr 2009) über 18,3 Prozent (2010) auf nun nur noch 17,2 Prozent (Trend 2011) gleichmäßig rückläufig. Bei den Großunternehmen, deren Zahlen sich von 2010 auf 2011 relativ wenig verändert haben, sind die Ergebnisse für 2011 bereits weitgehend verlässlich. In dieser Gruppe liegen mehr als 5.000 der endgültig erwarteten gut 6.000 Abschlüsse vor. Die Umsatzrentabilität im Median und die Nullpunktquote sind für die beiden Erholungsjahre 2010 und 2011 praktisch identisch. Beide Jahre zusammen zeichnen einen ebenso plausiblen wie scharfen Kontrast zum von der Rezession gezeichneten Jahr 2009.

Gesamtkapitalverzinsung in % nach Umsatzgrößenklassen



3.3 Gesamtkapitalverzinsung

Die Gesamtkapitalverzinsung im Mittelstand ist von 2009 auf 2010 nochmals gestiegen, liegt in der Trendrechnung für 2011 im Median allerdings unter dem Vorjahreswert. Auch hier haben die vorangegangenen Diagnosen aber gezeigt, dass der endgültige Wert nach Vorlage aller Bilanzen meist etwas höher ausfällt, der vorläufige Wert die Rendite also wahrscheinlich unterschätzt.

Gleichwohl ist ein gewisses Abschmelzen der Gesamtkapitalrendite plausibel, könnten sich daran doch die Auswirkungen der langen Niedrigzinsphase zeigen. Zwar wird die Gesamtkapitalverzinsung auf der Aktivseite der Unternehmensbilanzen generiert – sie ergibt sich aus der Mehrertragskraft eines produktiven Kapitalstocks. Die Höhe der Fremdkapitalzinsen wirkt sich dann zunächst nur auf die Verteilung der Bruttoerträge auf Fremd- und Eigenkapitalgeber aus, aber nicht unmittelbar auf die Gesamtrendite der Bilanz.

Dennoch hat ein langfristig niedriges Zinsniveau mit der Zeit zunehmenden Einfluss auf die Gesamtkapitalrendite – und zwar mit Blick auf den im Fokuskapitel besprochenen Punkt, bis zu welcher Grenzrentabilität neue Investitionen in den Sachkapitalstock getätigt werden. Bei niedrigen Fremdkapitalzinsen werden mehr Investitionsprojekte

verwirklicht, die zu diesen Konditionen, anders als in einer Hochzinsphase, gerade noch rentabel sind. In der Folge sind langfristig stärkere Auswirkungen auf die Gesamtkapitalrendite zu erwarten. Der Rückgang in der Trendberechnung für 2011 könnte ein erstes Anzeichen dafür sein.

Umso beachtlicher ist, dass die Gesamtkapitalverzinsung bei den Großunternehmen von 2010 auf 2011 (Trend) konstant blieb. Ähnliches gilt für die mittleren und größeren Mittelständler. In allen Größenkategorien mit Umsätzen zwischen 2,5 und 50 Millionen Euro konnten die Renditen nicht nur gehalten, sondern sogar leicht gesteigert werden.

Nur bei den kleineren Firmen ist vorerst eine niedrigere Kapitalverzinsung festzustellen. Dies mag auf den ersten Blick verwundern, nutzen doch vor allem größere Unternehmen kapitalintensivere Produktionsverfahren. Möglicherweise liegt der noch ausstehende Renditerückgang daran, dass in diesem Firmensegment auch die Kapitalbindung längerfristig ist. Ein Hochofen, ein Kraftwerk oder eine stark automatisierte Fahrzeugproduktion werden eben nicht über Nacht aus dem Boden gestampft oder stillgelegt. Kleinere Unternehmen sind dagegen oft mit einem sehr flexiblen, kleinteiligen Kapitalstock am Markt. Es ist deshalb plausibel, dass sich das veränderte Zinsumfeld dort schneller niederschlägt. Die großen Mittelständler und die Großunternehmen haben dagegen noch keinen vollen Investitionszyklus unter den neuen Zinsbedingungen hinter sich.

Dies erklärt auch die unterschiedlichen Entwicklungen in der Branchenbetrachtung. Vor allem im Dienstleistungssektor liegt die Trendrechnung der Gesamtkapitalverzinsung für 2011 unter dem Wert von 2010. Weniger deutlich gilt dies auch für Handel und Bau. Das verarbeitende Gewerbe hat seine Renditen im Mittelstand dagegen fast halten – und bei den Großunternehmen sogar steigern können.

Ausreichender Renditeabstand zu risikolosen Anlagen

Für die meisten Bereiche, Größenklassen und Sektoren bewegen sich die Gesamtkapitalverzinsungen trotz kleinerer Verschiebungen insgesamt auf gutem Niveau. Gewisse Abstriche muss man lediglich bei den Großunternehmen der Bauwirtschaft und des Handels machen.

Von einer allgemeinen Überinvestition kann in der deutschen Wirtschaft keine Rede sein. Die Renditen haben in den meisten Fällen einen hinreichenden Sicherheitsabstand zu risikolosen Alternativenanlagen. Ein solcher Zuschlag ist nötig, um das eingegangene unternehmerische Wagnis abzudecken. Die Umlaufrendite börsennotierter Bundeswertpapiere als weitgehend risikofreier Vergleichsmaßstab ist von bereits niedrigen drei Prozent (2009) auf jeweils 2,4 Prozent (2010 und 2011) gesunken. Zum Jahresende 2011 lag sie mit 1,6 Prozent noch niedriger und ist seitdem weiter gefallen.

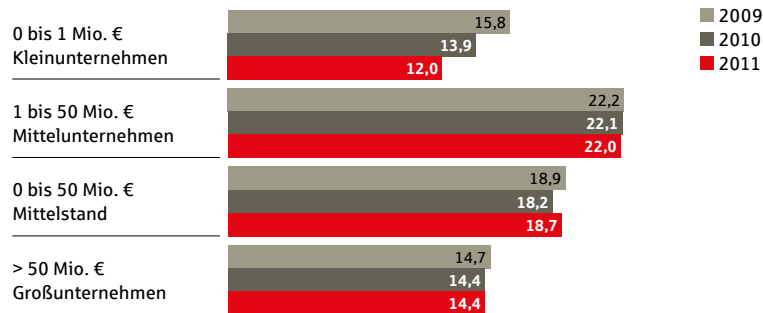
3.4 Personalaufwandsquote

Die Personalaufwandsquote hat sich in den Unternehmen mit Jahresumsätzen von mehr als einer Million Euro kaum verändert. Beim Mittelstand fiel der Median in dieser Gruppe von 2010 auf 2011 um ein Promille; bei den Großunternehmen ist er völlig konstant.

Bei den Kleinunternehmen mit weniger als einer Million Euro Jahresumsatz ist der Anteil des Personalaufwands sehr stark von der Rechtsform und der Rolle des Unternehmers abhängig. Bei Einzelunternehmern und anderen Personengesellschaften ist der Unternehmerlohn Bestandteil der Gewinneinkommen, nicht der ausgewiesenen Gehälter. Deshalb sind dort die Personalaufwandsquoten deutlich niedriger als bei größeren Firmen. Bei den Kleinstunternehmen liegt für 2011 allerdings erst gut ein Drittel der Jahresabschlüsse vor. Der dort verzeichnete Rückgang der

Personalaufwandsquote

in % nach Umsatzgrößenklassen



Quote sollte deshalb vorerst mit Zurückhaltung interpretiert werden.

Der vorerst unterproportionale Anteil von Kleinunternehmen am gesamten Bilanzaufkommen ist auch dafür verantwortlich, dass beim Personalaufwand der Median des Mittelstands insgesamt von 2010 auf 2011 leicht ansteigt. Sobald weitere Jahresabschlüsse dieser Gruppe in die Datensammlung eingehen, dürfte der endgültige Wert für 2011 nachgeben.

Entwicklung zeichnet die Bruttolohnquote nach

Es gibt aber neben diesem statistischen Effekt auch einige Gründe anzuführen, warum die Personalaufwandsquote am aktuellen Rand nicht mehr weiter gesunken ist. Zur Erinnerung an den langfristigen Trend: Aus den 1990er-Jahren kommt die Personalaufwandsquote in Größenordnungen von zeitweise über 22 Prozent.

Die Personalaufwandsquote spiegelt auf mikroökonomischer Ebene die Entwicklung der Bruttolohnquote wider. Bei Letzterer werden die Löhne und Gehälter allerdings auf das Volkseinkommen (also ein Wertschöpfungsmaß) bezogen, während bei der einzelwirtschaftlichen Personalaufwandsquote der Materialaufwand als eine daneben

stehende Größe noch nicht als Vorleistung abgezogen ist, sondern Teil des Gesamtaufwands bleibt.

Bei der gesamtwirtschaftlichen Betrachtung, die das Volkseinkommen auf Löhne und Gehälter einerseits sowie Kapital- und Gewinneinkommen andererseits verteilt, sind für die Bruttolohnquote aus den 1990er-Jahren in Deutschland Werte von über 70 Prozent bekannt. Der Spitzenwert lag 1993 bei 72,5 Prozent. Lohnzurückhaltung, Arbeitsmarktreformen und der infolge der Globalisierung gestiegene Wettbewerbsdruck haben die Bruttolohnquote dann bis 2006 auf 63,9 Prozent fallen lassen. Es folgten Krisenjahre und die Rezession von 2008/09, die zwar die Produktion stark, die Beschäftigung – in Anzahl der Mitarbeiter ausgedrückt – aber kaum berührten. Seit der Erholung 2009 steigt die Lohnquote wieder tendenziell, so 2010 auf 2011 von 66,2 auf 66,9 Prozent. Insofern wäre es keine Überraschung, wenn sich ein leichter Anstieg auch im endgültigen Wert der Personalaufwandsquote zeigen würde.

2011 stiegen wegen des in vielen Branchen weitgehend geräumten Arbeitsmarkts die Löhne wieder etwas dynamischer. Auf dem aktuellen Niveau wird diese Entwicklung noch von Produktivitätssteigerungen gedeckt, und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird bisher nicht beeinträchtigt.

4 Die Expertenbefragung

Ausblick 2013: die Prognose der Sparkassen	35
4.1 Leichte Eintrübung der Geschäftslage	36
4.2 Fortsetzung des Eigenkapitalaufbaus	36
4.3 Investitionsfinanzierungen bleiben konstant	38
4.4 Erweiterungsinvestitionen wieder auf Normalniveau	41
4.5 Stabile Beschäftigungslage	43
4.6 Reaktionen auf die Niedrigzinsphase	46
4.7 Kaum Einfluss auf Kapitalstrukturen im Mittelstand	47
4.8 Verlagerung hin zu langfristigen Finanzierungen	49

Ausblick 2013: die Prognose der Sparkassen

Als zweite Säule berücksichtigt die Diagnose Mittelstand neben der Bilanzdatenanalyse die Ergebnisse einer Expertenbefragung unter den Firmenkundenbetreuern der Sparkassen. Dadurch gelingt es, ein aktuelles Bild von der Lage des Mittelstands zu zeichnen. Zahlreiche Jahresabschlüsse der Bilanzdatenanalyse liegen naturgemäß erst mit zeitlicher Verzögerung vor. Die Analyse der Lage bei den Firmenkunden wurde dagegen im November 2012 durchgeführt – also bereits mitten in der neuerlichen Zwi- schenschwäche der deutschen Konjunkturentwicklung – und erfasst die Dispositionen der Unternehmen in dieser kritischen Phase.

Wie in den Vorjahren zeichnet sich die Expertenbefragung durch einen extrem hohen Rücklauf aus. 342 von allen 423 Sparkassen haben sich an der Diagnose beteiligt und verwertbare Antworten geliefert. Damit lag die Teilnahme- quote abermals über der 80-Prozent-Marke. Alle Bundes- länder sind vertreten, und in sämtlichen Regionen gaben mindestens 60 Prozent der Sparkassen Auskunft. Eine regionale Differenzierung ist daher möglich.

Neben den Standardfragen (Abschnitt 4.1 bis 4.5) wurden in der diesjährigen Diagnose Sonderfragen zum aktuellen Niedrigzinsumfeld gestellt (Abschnitt 4.6 bis 4.8).

4.1 Leichte Eintrübung der Geschäftslage

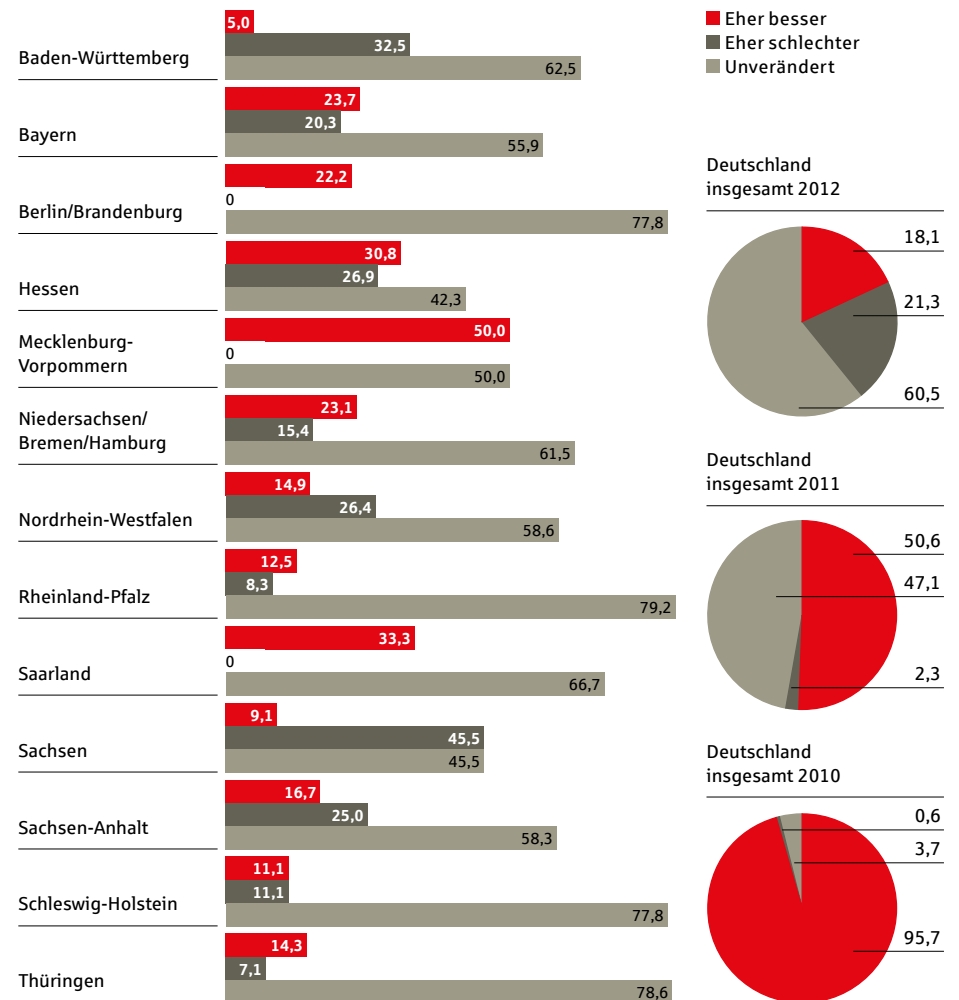
Die aktuelle Lage im Mittelstand spiegelt die Zwischen- schwäche der deutschen Wirtschaft im Schlussquartal 2012 wider. Die Dominanz der positiven Rückläufe („Ver- besserung“) in den Erholungsjahren 2011 und – noch ausgeprägter – 2010 konnte erwartungsgemäß nicht mehr erreicht werden. Vielmehr melden die meisten Sparkassen nun eine „unveränderte“ Lage ihrer Kundenunternehmen, was Aufträge und Umsätze anbelangt. Die Einschätzungen „eher besser“ (18,1 Prozent) und „eher schlechter“ (21,3 Prozent) liegen auf ähnlichem Niveau. Eine Rezessions- warnung lässt sich daraus nicht ableiten.

Am besten fällt die Lageeinschätzung in Mecklenburg- Vorpommern aus, wo die Hälfte der Institute eine weitere Verbesserung meldet – und kein einziges eine Verschlech- terung. Dagegen ist Sachsen mit seiner stark exportori- entierten Industrie stärker von den Verwerfungen der Weltwirtschaft betroffen. Hier melden 45,5 Prozent der Sparkassen eine Verschlechterung.

4.2 Fortsetzung des Eigenkapitalaufbaus

In der vorangegangenen Diagnose sahen die Sparkassen- Experten den Eigenkapitalanstieg ihrer Firmenkunden bereits voraus, der sich 2011 in der Trendrechnung der Bilanzdatenanalyse tatsächlich eingestellt hat. In der aktuellen Umfrage erwarten 60 Prozent der Institute eine

Einschätzung der gegenwärtigen Lage der Kundenunternehmen im Vergleich zum Vorjahr in % der antwortenden Sparkassen



Abweichungen der Summe von 100 % aufgrund von Rundungen

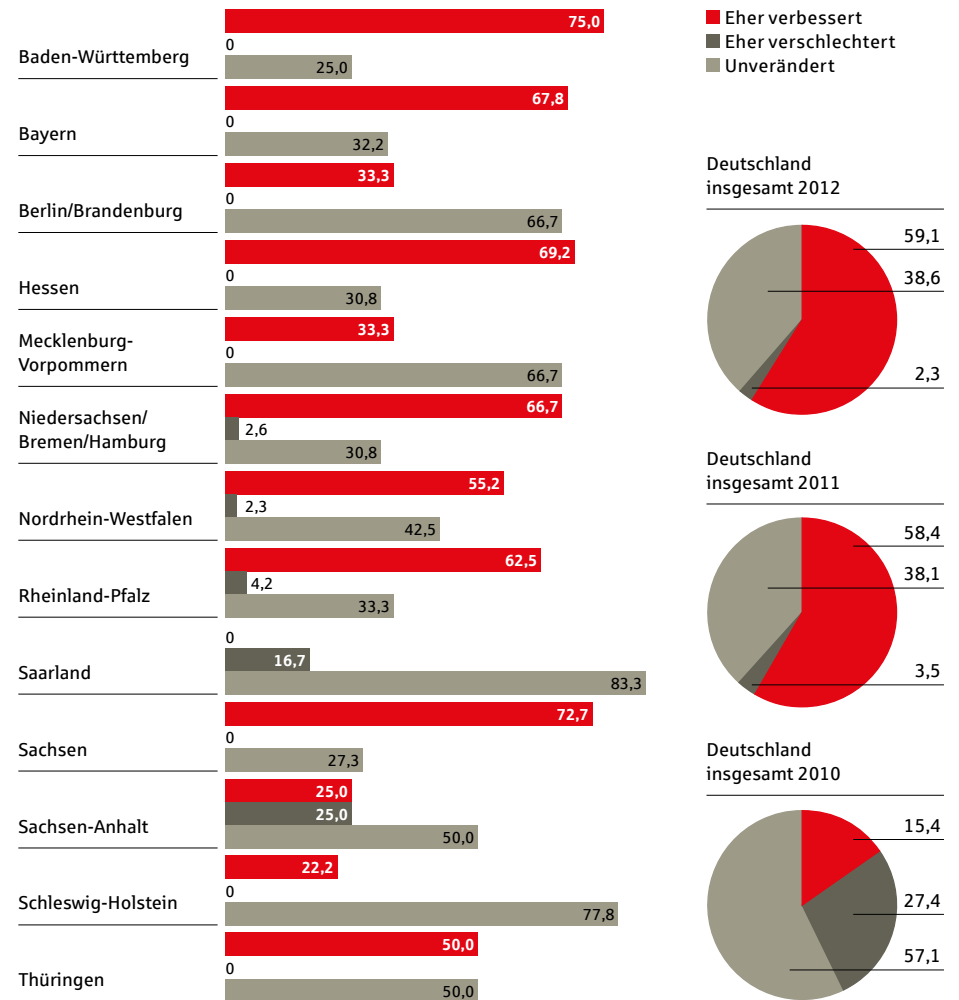
Fortsetzung dieses Trends. Lediglich zwei Prozent prognostizieren niedrigere Eigenkapitalquoten – ein fast zu vernachlässigender Wert. Nur in Sachsen-Anhalt und im Saarland ist eine nennenswerte Anzahl von Sparkassen im Hinblick auf die weitere Eigenkapitalentwicklung ihrer Kundenunternehmen etwas skeptischer.

Mit dem insgesamt ungebrochenen Trend zu höheren Eigenkapitalquoten stellt sich früher oder später die Frage, ob das optimale Niveau bereits erreicht oder gar überschritten sein könnte. Verzichten Unternehmen auf ein vertretbares Maß an Hebelung ihres Geschäfts mit Fremdkapital? Aktuell sollte diese irgendwann sicher berechtigte Diskussion aber noch nicht geführt werden. Angesichts großer Ungewissheit über den weiteren Fortgang der Krise und der Rezession in weiten Teilen des Euroraums ist es angemessen, wenn Unternehmen weitere Finanzpuffer und Reserven anlegen. Dass sie dies tun, bestätigen die Antworten in diesem Teil der Expertenbefragung.

4.3 Investitionsfinanzierungen bleiben konstant

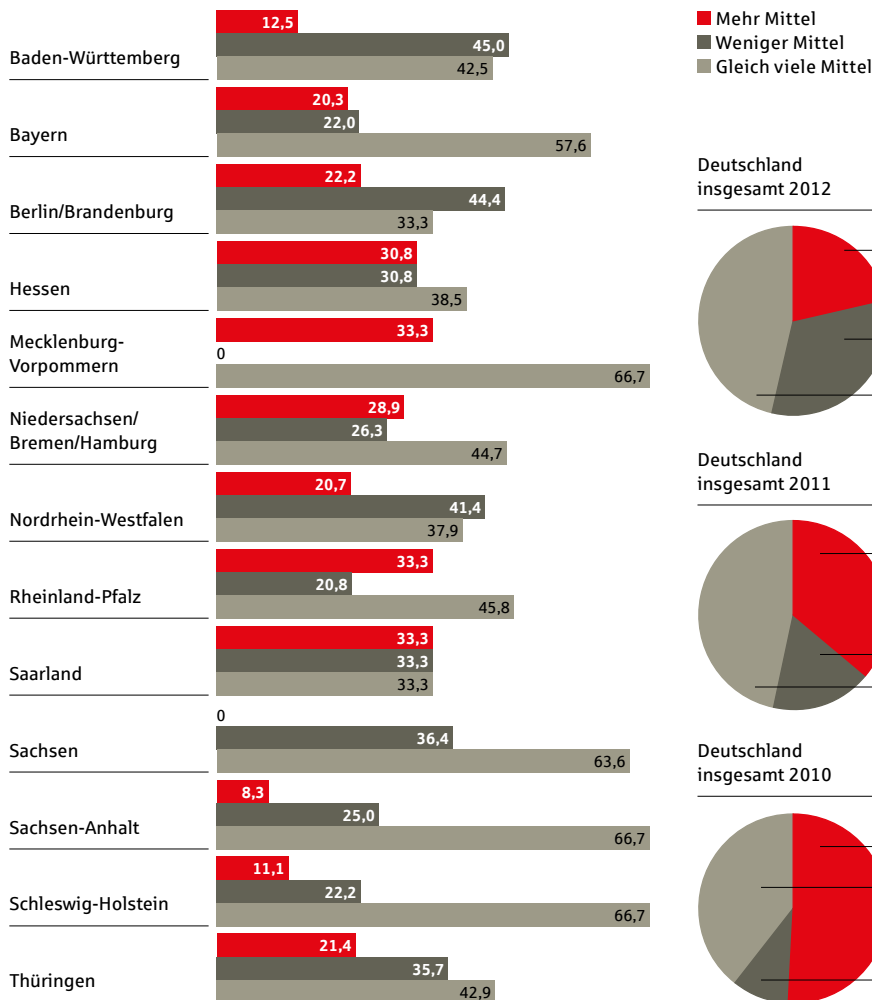
Vorsichtiges Agieren der Unternehmen zeigt sich auch bei Investitionsfinanzierungen. Auf die Frage, ob sie zuletzt „eher mehr“, „weniger“ oder etwa „gleich viele“ Investitionsfinanzierungen an ihre Firmenkunden ausgereicht haben, antwortet der größte Teil der Sparkassen-Experten

Entwicklung der Eigenkapitalausstattung der Kundenunternehmen im Vergleich zum Vorjahr
in % der antwortenden Sparkassen



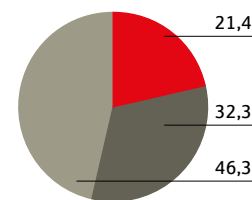
Abweichungen der Summe von 100 % aufgrund von Rundungen

Vergabe von Investitionsfinanzierungen im Vergleich zum Vorjahr
in % der antwortenden Sparkassen

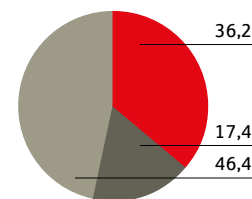


Abweichungen der Summe von 100 % aufgrund von Rundungen

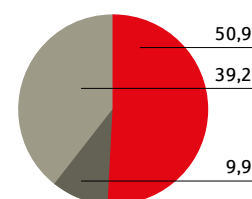
Deutschland insgesamt 2012



Deutschland insgesamt 2011



Deutschland insgesamt 2010



mit „gleich viel“. Erstmals seit 2009 tauchen häufiger negative („weniger“) als positive („mehr“) Meldungen auf. Dies passt zu dem auch gesamtwirtschaftlich beobachtbaren Investitionsattentismus, der das Wachstum 2012 bereits bremste.

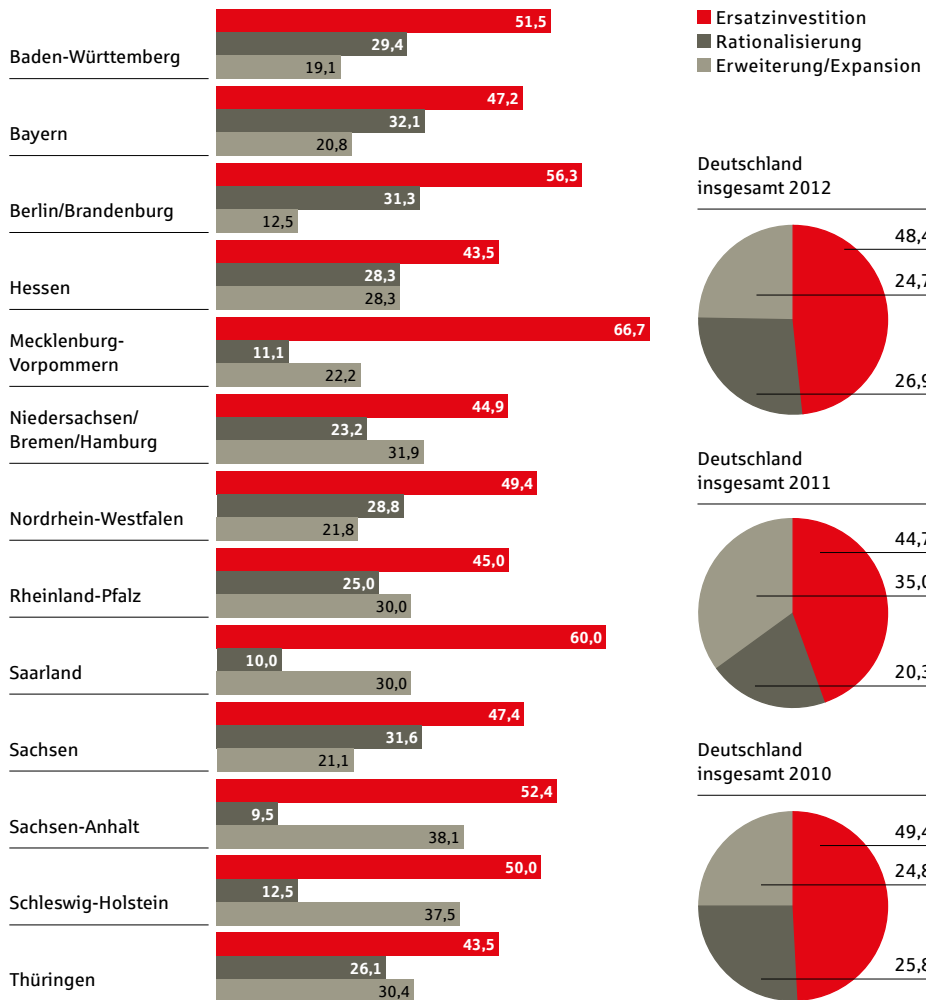
Vor diesem Hintergrund ist der Hinweis wichtig, dass es die zurückgehende Nachfrage nach Investitionskrediten ist, die das Vergabevolumen begrenzt, nicht etwa eine restriktive Kreditangebotspolitik.

In mehreren Regionen – Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen/Bremen/Hamburg, Rheinland-Pfalz und Saarland – sind Expansionsmeldungen noch mindestens so häufig wie Rückgänge.

4.4 Erweiterungsinvestitionen wieder auf Normalniveau

Die Häufigkeit, mit der Erweiterungsinvestitionen als vorrangiges Motiv der Sachkapital bildenden Unternehmen genannt werden, ist in der aktuellen Umfrage rückläufig und liegt nach 35 Prozent im Vorjahr nun bei 24,7 Prozent. Die Rückstufung dieser für das Wachstum wichtigsten Investitionskategorie ist aber nachvollziehbar und passt zum gesamtwirtschaftlichen Bild.

Finanzierungsziele der Unternehmen
in % aller Nennungen (bei max. 2 Nennungen je Sparkasse)



Abweichungen der Summe von 100 % aufgrund von Rundungen

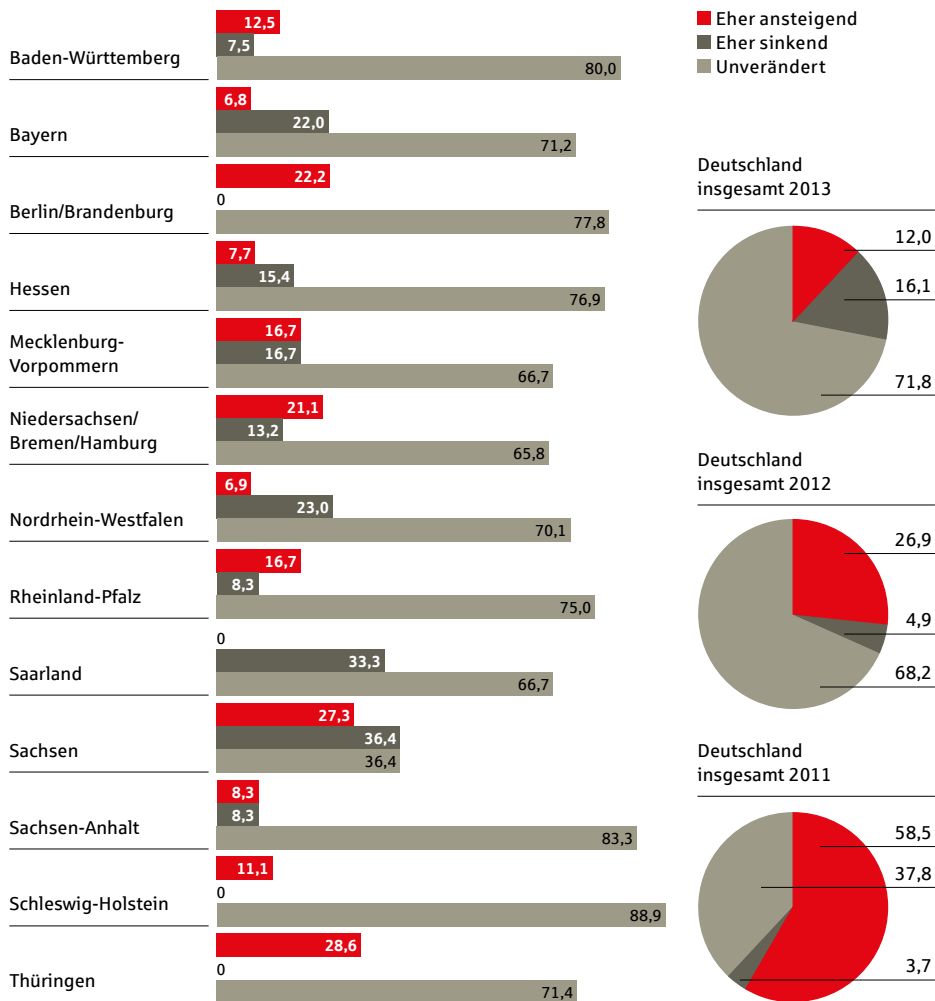
Angesichts der allgemeinen Investitionszurückhaltung ist ein Anteil der Erweiterungen von fast 25 Prozent keineswegs schlecht: Der Wert signalisiert nach dem Zwischenhoch 2011 eine Rückkehr zur Normalität. Eine Struktur von „Viertel – Viertel – Hälfte“ für die Kategorien „Ersatz – Rationalisierung – Expansion“ ist relativ häufig anzutreffen und typisch, so fast deckungsgleich in den Umfragen der Jahre 2012 und 2010.

Es ist durchaus erfreulich, dass die Sparkassen-Kunden selbst in der offenkundigen Zwischenschwäche der europäischen Konjunktur Ende 2012 und bei nur normal ausgelasteten Produktionskapazitäten den Gedanken an Erweiterungen nicht vollends aufgegeben haben. Sie sind damit auf den nächsten Aufschwung vorbereitet.

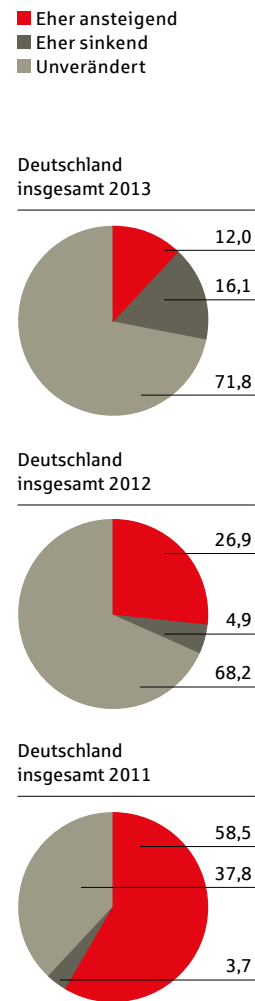
4.5 Stabile Beschäftigungslage

Die Sparkassen-Experten rechnen 2013 mit keinem weiteren Anstieg der Zahl der Arbeitsplätze im Mittelstand. In den vergangenen Jahren waren teils erhebliche Zuwächse erzielt worden, was die Umfrage im Rahmen der Diagnose stets vorausgesehen hatte. Nach den im Rückblick zu Recht optimistischen Erwartungen für 2011 und 2012 sind die Werte für 2013 zurückhaltender: Erstmals seit der Rezession 2008/09 gibt es mehr pessimistische („sinkend“) als optimistische („ansteigend“) Einschätzungen.

Einschätzung der Entwicklung der Zahl der Arbeitsplätze im Jahr 2013
in % der antwortenden Sparkassen



Abweichungen der Summe von 100 % aufgrund von Rundungen



Allerdings liegen die Ergebnisse beider Kategorien mit 16,1 beziehungsweise zwölf Prozent nicht allzu weit voneinander entfernt, sondern halten sich annähernd die Waage. Weit überwiegend (71,8 Prozent) wird ein „etwa unveränderter“ Beschäftigungsstand erwartet. Insgesamt kann man dies als Seitwärtsbewegung auf mittlerweile recht hohem Beschäftigungsniveau beschreiben.

Diese Perspektiven passen gut zu den gängigen Prognosen der Arbeitsmarktentwicklung insgesamt. Offenbar ist der Mittelstand in einer robusten Verfassung, und Lohn-Produktivitäts-Verhältnisse und Wettbewerbsfähigkeit stimmen so weit, dass die Beschäftigung auch bei schwächerer Konjunktur annähernd gehalten werden kann. Die mittelständischen Unternehmen werden so über den Arbeitsmarkt und die sicheren Beschäftigungsperspektiven, die sie bieten, zu einem Stabilisator der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung.

Im Regionalvergleich fallen zwei Besonderheiten auf: Im Saarland erwarten recht viele Institute einen Beschäftigungsabbau, während kein Institut mit einer „ansteigenden“ Entwicklung rechnet. Das recht veränderungsfreudige Sachsen weist in beide Richtungen relativ hohe Werte auf.

Verhaltensmuster der Kundenunternehmen in Reaktion auf die Niedrigzinsphase

in % aller Nennungen (bei max. 2 Nennungen je Sparkasse)

Gesteigerte Liquiditätshaltung	39,4
Mehr Rationalisierungsinvestitionen	22,7
Keine nennenswerte Veränderung	15,8
Mehr Investitionen zum Kapazitätsaufbau	13,7
Sonstige	6,3
Zunehmende Risikoneigung bei Finanzanlagen	2,1

4.6 Reaktionen auf die Niedrigzinsphase

Bei der ersten der drei Sonderfragen zum Thema Niedrigzinsphase gab es sehr deutliche Ergebnisse. Die Sparkassen-Experten konnten zwischen vier vorgeschlagenen Reaktionsmustern wählen, eine Antwort frei formulieren oder angeben, keine nennenswerten Verhaltensänderungen bemerkt zu haben. Die beiden häufigsten Antworten kommen zusammen auf mehr als 60 Prozent der Nennungen.

Fast 40 Prozent der Sparkassen beobachten bei ihren Kundenunternehmen eine steigende Liquiditätshaltung. Dies findet Bestätigung in den hohen Einlagenbeständen, welche die Unternehmen seit einigen Jahren tatsächlich halten. Offenbar ist nicht nur allgemeine Vorsicht in unsicheren Zeiten Grund dieser Entwicklung, sondern ausdrücklich sind es auch die geringen Opportunitätskosten der Liquiditätshaltung, also die niedrigen Zinsen, die die Entwicklung treiben. Dies scheint in allen Regionen der Fall zu sein: Die gesteigerte Liquiditätshaltung liegt in sämtlichen Bundesländern an erster Stelle der Rückmeldungen.

Als zweithäufigstes Verhaltensmuster (22,7 Prozent) werden verstärkte Rationalisierungsinvestitionen genannt. Dies passt zu der graduell verschobenen Struktur bei der Standardfrage der Investitionsmotive. Offensichtlich ist

– in Übereinstimmung mit dem zuletzt eher verhaltenen Beschäftigungsausblick – nicht ausgeschlossen, dass einige Arbeitsplätze durch das in einer Niedrigzinsphase sehr billige Kapital ersetzt werden. Vor diesem Hintergrund wird klar, dass niedrige Zinsen auf Dauer nicht zwangsläufig stabilisierend wirken müssen.

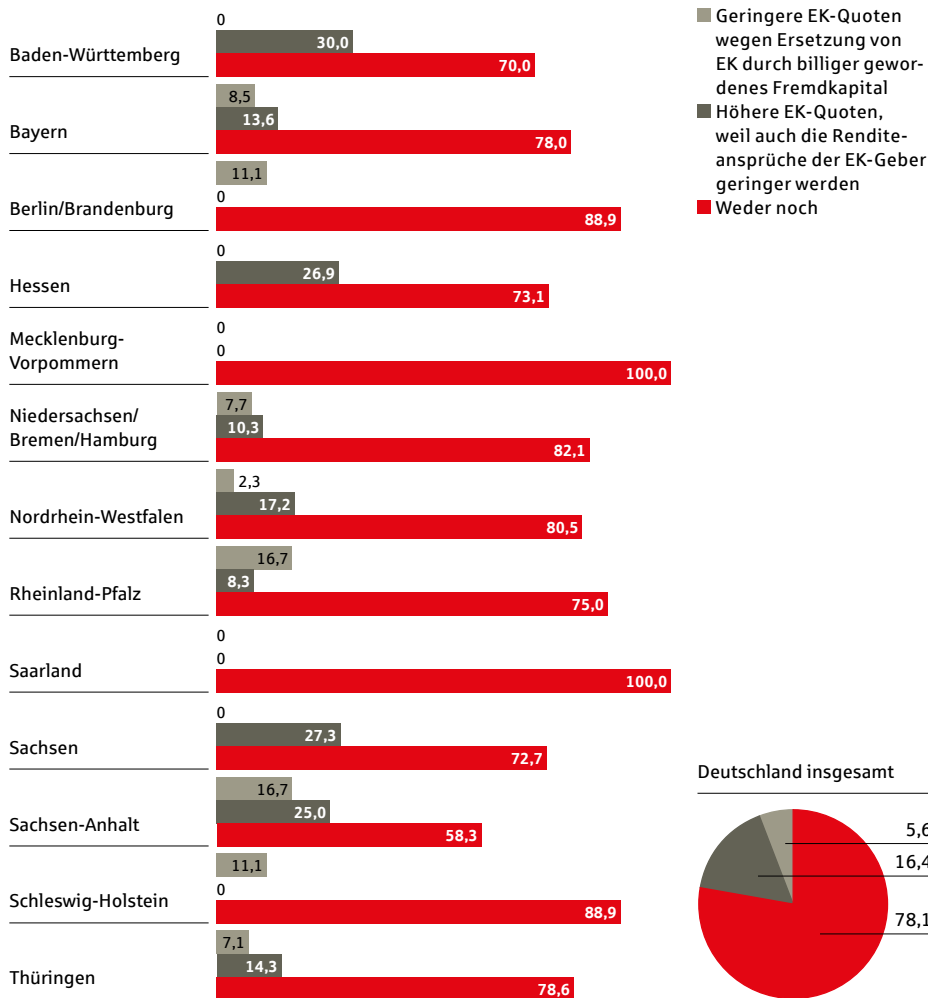
Allerdings gibt es durchaus auch Verhaltensmuster, die eine Expansion andeuten. Immerhin 13,7 Prozent der Sparkassen beobachten höhere Erweiterungsinvestitionen aufgrund der niedrigen Zinsen. Aber auch eher sicherheitsorientierte Investitionen werden getätigt: In den frei formulierbaren Antworten wurden am häufigsten „Immobilieninvestitionen“ genannt.

4.7 Kaum Einfluss auf Kapitalstrukturen im Mittelstand

Hinsichtlich der Kapitalstrukturen gibt es gegenläufige Argumente bei der Frage, inwieweit niedrige Zinsen die von Unternehmen bevorzugte Mischung aus Eigen- und Fremdkapital beeinflussen. Einerseits könnten Firmen angesichts niedriger Fremdkapitalzinsen zu einer höheren Hebelung ihrer Aktivitäten neigen und gezielt mehr günstiges Fremdkapital aufnehmen. Andererseits sind auch die Renditeerwartungen von Eigenkapitalgebern angesichts des allgemeinen „Anlagenotstands“ infolge einer hartnäckigen Niedrigzinsphase geringer. Eigenkapital ist in solchen Zeiten also ebenfalls billiger und leichter verfügbar. Die Unternehmen könnten dies bewusst zu einer Stärkung ihrer Eigenkapitalbasis nutzen.

Letztlich ist die Frage, welcher Effekt überwiegt, nur empirisch zu beantworten. Eine Klärung versucht die zweite Sonderfrage der Expertenbefragung – und das Votum der Sparkassen-Experten ist recht klar: 78,1 Prozent der Firmenkundenbetreuer antworten hier mit „weder noch“, gehen also von einer Kompensation der gegenläufigen Effekte aus.

Änderungen der Eigenkapitaldisposition
in % der antwortenden Sparkassen



Abweichungen der Summe von 100 % aufgrund von Rundungen

16,4 Prozent sehen einen Trend zu höheren Eigenkapitalquoten, nur 5,6 Prozent stärkere Fremdkapitalnutzung. Dieses Ergebnis deckt sich mit den steigenden Eigenkapitalquoten, die bereits in der Bilanzdatenanalyse thematisiert wurden. In regionaler Perspektive am auffälligsten sind die Meldungen aus Baden-Württemberg, wo eindeutig mehr Eigenkapital verwendet wird (30 zu null Prozent). Aber auch hier – wie durchgängig in allen Regionen – ist die „weder noch“-Kategorie die deutlich am stärksten besetzte.

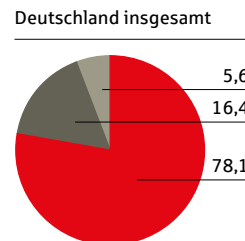
Eine markante Beeinflussung der Kapitalstrukturen der mittelständischen Unternehmen durch die Niedrigzinsphase ist angesichts dieser Zahlen unwahrscheinlich.

4.8 Verlagerung hin zu langfristigen Finanzierungen

Ähnlich ambivalent sind in der Theorie die Auswirkungen der Niedrigzinsen auf die Zinsbindungsfristen. Versuchen die Unternehmen, sich die niedrigen Zinsen besonders lange zu sichern – oder wollen sie in erster Linie von den besonders niedrigen Sätzen am kurzfristigen Laufzeitende profitieren?

Eine deutliche Mehrheit der Experten – zwei Drittel – erklären, dass die Unternehmen eher zur langfristigen Sicherung neigen. Denn so groß sind die verbliebenen Unterschiede in der Zinsstruktur nicht mehr, als dass das gegenläufige, die Fristendifferenz nutzende Kalkül dominant werden könnte. Vom restlichen Drittel gibt der größere Teil „weder noch“ an. Nur 13,2 Prozent der Sparkassen meinen, bei ihren Kunden eine Verlagerung hin zu kurzfristigen Bindungen zu beobachten. Lediglich in Schleswig-Holstein widerspricht das Votum dem sonst einhelligen Bundestrend.

Insgesamt lässt sich aus den Sonderfragen zur Niedrigzinsphase das Fazit ziehen, dass die Unternehmen sehr

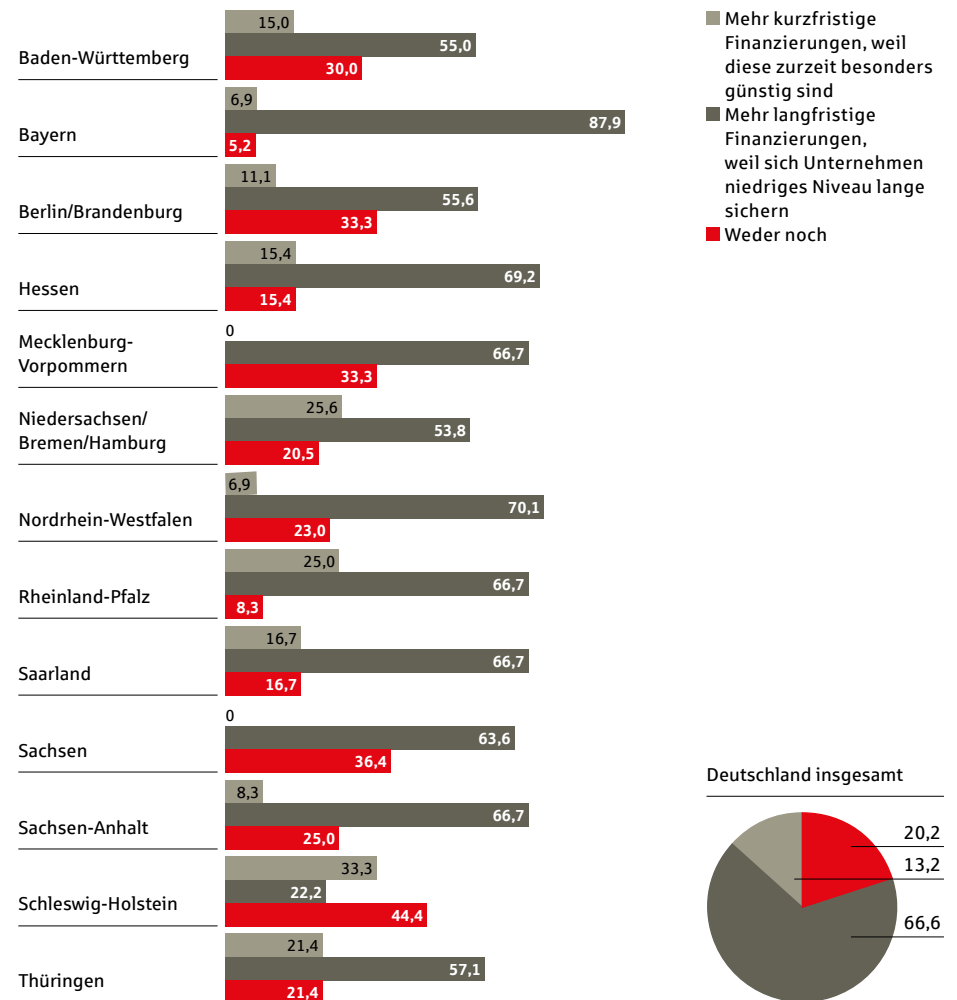


vorsichtig agieren. Sie halten viel Liquidität und erliegen nicht der Versuchung, überreichlich billiges Fremdkapital aufzunehmen. Sie greifen nicht zu Kurzfristfinanzierungen, sondern sichern sich die günstigen Konditionen langfristig.

Umgekehrt bedeutet dies, dass der Mittelstand Finanzinstitutionen als Partner vorfindet, die diesen Dispositionsmix erlauben und diese Risiken als Dienstleistung übernehmen. Es geht um die Kundenunternehmen der befragten Sparkassen: Die Institute betreiben – in verantwortbarem Maße – eine Fristentransformation, die zu den Wünschen der Kunden passt.

Damit dürfte der Mittelstand in der aktuellen, immer noch von den Unwägbarkeiten der europäischen Krise geprägten Situation sehr robust aufgestellt sein.

Änderungen der Finanzierungsfristen
in % der antwortenden Sparkassen



Abweichungen der Summe von 100 % aufgrund von Rundungen

5 Die Grundlagen

Quellen und Methoden

5.1 Kennziffern im Überblick

5.2 Berechnungsverfahren

53

55

58

Quellen und Methoden

Thema und Untersuchungsgegenstand der seit 2002 jährlich veröffentlichten Diagnose Mittelstand sind die rund 3,7 Millionen Unternehmen in Deutschland. Nach den Schlüsselzahlen des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn lassen sich 99,6 Prozent aller deutschen Firmen als „kleine und mittlere Unternehmen“ (KMU) charakterisieren. Dem stehen fast 14.000 Großunternehmen gegenüber. Abgrenzungskriterium ist der Jahresumsatz: Zum Mittelstand zählen Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 50 Millionen Euro. Dies entspricht in der Regel einer Betriebsgröße von bis zu 500 Mitarbeitern.

Die Diagnose Mittelstand des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV) basiert auf zwei Quellen:

- Grundlage des **Branchenkennzahlensystems** der Sparkassen-Finanzgruppe ist das zentral gespeicherte Datenmaterial der Firmenkundenbilanzen. Diese Bilanzdatensammlung ist in Deutschland in dieser Größe und Gliederungstiefe einmalig. Von den betreuenden Sparkassen und Landesbanken werden die Jahresabschlüsse der Kundenunternehmen anonymisiert eingeliefert, doppelt vorliegende Bilanzen werden anschließend aussortiert. Der DSGV nimmt dann die Auswertung der Daten vor.

Die quantitativen Kennziffern des Mittelstands

Unternehmensgröße	Beschäftigte	Jahresumsatz
Klein	bis 9	bis 1 Mio. €
Mittel	10 bis 499	1 bis 50 Mio. €
Groß	500 und mehr	50 Mio. € und mehr

Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn

Bis einschließlich des Bilanzjahrgangs 2010 liegen vollständige Datensammlungen vor, die in den meisten Jahrgängen rund 200.000 Unternehmensbilanzen umfassen, im zuletzt komplettierten Jahr (2010) sogar 267.000. Alle verwendeten Bilanzen sind nach der aktuellen Wirtschaftszweigsystematik (WZ 2008) gegliedert.

Aus dem aktuellen Bilanzjahrgang 2011 lagen für die Erstellung der Diagnose bereits rund 123.000 Bilanzen vor, also knapp 50 Prozent der endgültigen Stärke des Jahrgangs 2010. Das ist bei vergleichbarem Erhebungszeitpunkt ein gegenüber den vorangegangenen Diagnosen nochmals gesteigerter Wert. Damit ist eine noch besser gestützte Trendberechnung der Lage des Mittelstands zum jüngsten Jahresabschluss – in diesem Fall 2011 – möglich. Die Trendrechnung beinhaltet auch gut 5.000 Bilanzen von Großunternehmen, deren Werte denen des Mittelstands vergleichend gegenübergestellt werden.

- Eine **Expertenbefragung** in den Sparkassen ergänzt die Bilanzdatensammlung. Hierfür wurden im November 2012 die Firmenkundenberater aller Sparkassen um ihre Bewertung der Geschäftslage mittelständischer Unternehmen gebeten. Investitionstätigkeit, Kreditvergabe und Beschäftigungsaussichten werden ebenfalls

Quote der bereits vorliegenden Unternehmensbilanzen für das Jahr 2011 im Verhältnis zur vollständigen Zahl für 2010 nach Jahresumsatz in % nach Unternehmensgrößenklassen

0 bis 50 Mio. €: Mittelstand	45,3
0 bis 0,25 Mio. €	35,4
0,25 bis 0,5 Mio. €	34,1
0,5 bis 2,5 Mio. €	42,8
2,5 bis 5 Mio. €	57,1
5 bis 12,5 Mio. €	65,1
12,5 bis 50 Mio. €	74,4
Über 50 Mio. €: Großunternehmen	82,0

regelmäßig erhoben. Darüber hinaus stellten wie schon in den Vorjahren aktuelle Sonderfragen einen Teil der Umfrage dar. So wurde in diesem Durchgang untersucht, wie die mittelständischen Kunden auf die mittlerweile seit vier Jahren andauernde Niedrigzinsphase reagieren.

Dank eines beachtlich hohen Rücklaufs von gut 80 Prozent aller Sparkassen zeichnet die Untersuchung ein differenziertes Bild der Lage im Mittelstand. Da Institute und Unternehmen in sämtlichen Regionen berücksichtigt werden, ist die Studie besonders aussagekräftig.

5.1 Kennziffern im Überblick

Die **Eigenkapitalquote** – der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme – ist eine Kennziffer und strategische Zielgröße für die Robustheit eines Unternehmens. Sie gibt an, in welchem Umfang die Eigentümer selbst unmittelbar in der Haftung stehen. Eigenkapital kann Verluste abdecken und in schwierigen Zeiten als Puffer dienen. Eine hohe Eigenkapitalquote begrenzt insofern die Insolvenzgefahr und die Risiken für Fremdkapitalgeber. Eine sehr niedrige Eigenkapitalquote hat den Aktionsrahmen mittelständischer Unternehmen in Deutschland in der Vergangenheit oft eingeschränkt.

Die **Umsatzrentabilität** setzt das Betriebsergebnis ins Verhältnis zur unternehmerischen Gesamtleistung. Diese Gesamtleistung entspricht üblicherweise der wertmäßigen Produktion. Sie ist definiert als Nettoumsatz beziehungsweise als Umsatzerlös, der um die Netto-Bestandsentwicklung und andere aktivierte Eigenleistungen ergänzt wird. Bei reinen Handelsunternehmen stimmt die Gesamtleistung mit den Umsatzerlösen überein. Grundsätzlich gilt: Produktionsprozesse müssen Gewinne in ausreichender Höhe erzielen, um ein Unternehmen ohne Ressourcenverschwendung dauerhaft am Markt erhalten zu können. Eine befriedigende Umsatzrentabilität erleichtert zudem die Aufbesserung des Eigenkapitals über einbehaltene Gewinne.

Die **Gesamtkapitalverzinsung** gibt das Verhältnis der Summe aus Betriebsergebnis und Zinsaufwand zur Bilanzsumme wieder. Sie ist somit eine Kennzahl für die Wirtschaftlichkeit des in dem Unternehmen eingesetzten Kapitalstocks. Bringt eine Anlage am Kapitalmarkt eine höhere Rendite als die Gesamtkapitalverzinsung, steht der Sinn der Geschäftstätigkeit letztlich infrage. Die alternativ erzielbare Kapitalmarktverzinsung gibt somit eine

„Mindestverzinsung“ für profitable Unternehmensaktivitäten vor. Mit einem Teil der Gesamtkapitalrendite sollte zusätzlich ein Ausgleich für das unternehmerische Risiko erwirtschaftet werden.

Die **Personalaufwandsquote** weist den Personalaufwand in Prozent der Gesamtleistung des Unternehmens aus. Damit ist ein wichtiger Kostenblock umrissen. Gerade im Mittelstand sind personalintensive Produktionen mit entsprechend hoher Personalaufwandsquote häufig. In ihr spiegeln sich Produktivitäts- und Lohnveränderungen wider. Im Zeitverlauf betrachtet, lässt die Entwicklung der Personalaufwandsquote auf wachsenden oder abnehmenden Kostendruck und auf verbleibende Ertragsspielräume schließen.

Neben den genannten Kennziffern sind weitere Eckdaten – nämlich **Zinsaufwandsquote**, **Cashflow-Rate**, **Bankverbindlichkeiten** und **Eigenkapitalrentabilität** – im statistischen Anhang der Diagnose Mittelstand 2013 verfügbar (www.dsgv.de, „Positionen“, „Publikationen“).

5.2 Berechnungsverfahren

Bei der Kommentierung der Branchenkennzahlen verwendet die Diagnose Mittelstand vornehmlich den **Median** (Zentralwert). Er stellt die statistischen Verteilungen bei starker Ungleichverteilung anschaulicher dar als das arithmetische Mittel, das von extremen Werten verzerrt sein kann. Der Median gibt den in der Praxis „typischen“ Wert an. Beim Bilanzvergleich werden zur Auswertung der Kennzahlen deshalb am besten Mediane eingesetzt. Eine angegebene Eigenkapitalquote von 19,8 Prozent bedeutet beispielsweise, dass genau die Hälfte der Unternehmen eine Eigenkapitalquote von unter oder gleich 19,8 Prozent realisiert. Die andere Hälfte der Unternehmen weist einen Wert über dieser Schwelle auf.

Die ebenfalls in der vorliegenden Studie untersuchte Nullpunktquote gibt an, wie viele Unternehmen (in Prozent) bei der jeweiligen Kennziffer einen Wert von null oder darunter verzeichnen. Beispiel: Eine **Nullpunktquote** von 23,7 Prozent beim Eigenkapital bedeutet, dass 23,7 Prozent der Unternehmen über kein Eigenkapital verfügen oder sogar eine Unterbilanz mit negativem Wert ausweisen.

Schlüsselzahlen des Mittelstands in Deutschland

	Insgesamt ¹	KMU ¹	KMU-Anteil ¹
Unternehmensbestand 2012²	3,70 Mio.	3,68 Mio.	99,6 %
Darunter:			
Unternehmen lt. Unternehmensregister 2010 ³	3.620.571	3.606.794	99,6 %
Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen 2010 ⁴	3.165.286	3.154.834	99,7 %
Handwerksbetriebe (31.12.2011)	1.000.385		
Freie Berufe (1.1.2012)	1.192.000		
Umsatz der Unternehmen			
Umsatz der Unternehmen lt. Unternehmensregister 2010 ³ (in €)	5.493,77 Mrd.	2.026,84 Mrd.	36,9 %
Umsatz von umsatzsteuerpflichtigen Unternehmen 2010 ⁴ (in €)	5.241,00 Mrd.	1.980,70 Mrd.	37,8 %
Beschäftigte/Auszubildende in Unternehmen			
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Unternehmen lt. Unternehmensregister 2010 ³	25,68 Mio.	15,42 Mio.	60,0 %
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Betrieben (einschl. Auszubildende) 31.12.2011 ⁵	27,02 Mio.	21,40 Mio.	79,2 %
Auszubildende (in Betrieben) 31.12.2011	1,56 Mio.	1,29 Mio.	83,2 %
Selbstständige			
Selbstständige 2011 ⁶	4,41 Mio.		
Selbstständigenquote 2011 ^{6,7}	11,0 %		
Nachrichtlich:			
Selbstständige 2011 ⁸ ohne Landwirtschaft	4,17 Mio.		
Selbstständigenquote 2011 ^{7,8} ohne Landwirtschaft	10,6 %		
Nettowertschöpfung der Unternehmen 2010⁹			51,8 %

Quelle: Institut für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn

- 1) Alle Angaben beziehen sich auf die gewerbliche Wirtschaft und die freien Berufe (WZ A-N, P-S der Wirtschaftszweigsystematik WZ 2008). Ausnahmen sind gekennzeichnet.
- 2) Revidierte Schätzung des IfM Bonn. Nur Unternehmen mit mehr als 17.500 Euro steuerpflichtigem Jahresumsatz oder mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Alle Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, d. h. WZ B-N, P-S der WZ 2008. Basisdaten: Zahlen des Unternehmensregisters 2010. Abgrenzung der KMU nach Merkmal Beschäftigtenzahl und Umsatzgröße.
- 3) Zahlen des Unternehmensregisters. Alle Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, d. h. WZ B-N, P-S der WZ 2008. Abgrenzung der KMU nach Merkmal Beschäftigtenzahl und Umsatzgröße.
- 4) Zahlen der Umsatzsteuerstatistik. Alle Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, d. h. WZ A-N, P-S der WZ 2008. Abgrenzung der KMU nach Merkmal Umsatzgröße.
- 5) Zahlen der Beschäftigtenstatistik für Betriebe. Abgrenzung der KMB nach Merkmal Beschäftigtenzahl. KMB sind Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten.
- 6) Zahlen des Mikrozensus. Alle Wirtschaftszweige insgesamt (WZ A-U der WZ 2008), d. h. jedoch nur einschließlich privater Haushalte mit Bedienungspersonal (WZ T), da in der öffentlichen Verwaltung (WZ O) und in den extraterritorialen Organisationen (WZ U) keine Selbstständigen vorhanden sind.
- 7) Selbstständigenquote = Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen in %.
- 8) Zahlen des Mikrozensus. Alle Wirtschaftszweige insgesamt ohne Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht, d. h. WZ B-U der WZ 2008.
- 9) Schätzung des IfM Bonn. Basisdaten: Umsatzsteuerstatistik. Alle Wirtschaftszweige der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe, d. h. WZ A-N, P-S der WZ 2008. Abgrenzung der KMU nach Merkmal Umsatzgröße.

Die Diagnose Mittelstand 2013 und zahlreiche ergänzende Tabellen sind als PDF-Dateien im Internet unter www.dsgv.de, „Positionen“, „Publikationen“ abrufbar.

www.dsgv.de/de/fakten-und-positionen/publikationen/diagnose-mittelstand.html

Impressum

Herausgeber

Deutscher Sparkassen-
und Giroverband
Charlottenstraße 47
10117 Berlin

Telefon 030 20225-0
Telefax 030 20225-250
www.dsgv.de

Verantwortlich

Abteilung
Kommunikation und
Medien

Daten

Abteilung Marktservice,
Abteilung Volkswirtschaft
und Finanzmärkte

Text

Abteilung Volkswirtschaft
und Finanzmärkte

Druck

DCM Druck Center
Meckenheim

